



Nr. 04 / Dezember 2014

DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

RÜCKBLICK UND AUSBLICK

DAS WAR 2014 -

WAS BRINGT 2015?



INHALT

RÜCKBLICK UND AUSBLICK:	4 - 10
Worte und Meinungen:	
Zitate 2014	4
Zahlen und Fakten:	
Statistik 2014	6
Der Landeshaushalt für 2015 steht	7
Landtagspräsident Schlie:	
Wünsche für 2015	9
Sechs Abgeordnete und ihr Jahreswechsel	9
Personalien	11
Reportage:	
Fluchtpunkt Boostedt	12
Im Rückblick:	
Ausländerpolitik 1984	14
Die Seite fürs Ehrenamt	15
IM ZENTRUM:	16 - 17
Neue Posten, neue Plätze im Plenarsaal	
PLENARBERICHTE	18 - 19
Plastikmüll verschmutzt die Meere	18
Neue Regeln für den Jugendarrest	19
Jugend im Landtag:	
Nachwuchspolitik und ihre Ziele	20
Nachgehakt:	
Meldungen aus dem Grenzland	22
Ausschüsse:	
Online-Petitionen und Olympia	23
Der Landtag in Leichter Sprache	24
Bürgerpreis 2014	25
Mauerfall:	
Gedenken in Ratzeburg	26
Politische Bildung:	
Veranstaltungen im Januar	27
Initiative für höhere Wahlbeteiligung	28
Hannes Nygaard:	
Ein Krimi-Autor und das Landeshaus	29
Im Porträt:	
Kirsten Eickhoff-Weber (SPD), Uli König (Piraten)/ Impressum	30
Ins Bild gerückt:	
Besucher im Landeshaus	31
Termine, Termine, Termine	32

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Jahreswechsel bietet Gelegenheit zurückzublicken und nach vorne zu schauen.

Zu 30 Sitzungstagen kam der Landtag im Jahr 2014 zusammen. Hierbei wurden im Plenarsaal gut 4.000 Reden gehalten. Die bemerkenswertesten Aussagen präsentieren wir in dieser Ausgabe, ebenso wie weitere Zahlen und Fakten.

Der Abschluss eines parlamentarischen Jahres beinhaltet zugleich den Ausblick auf das nächste: Der Landeshaushalt wird festgezurr. Über die Summen, die das Land im Jahr 2015 ausgibt, und die Zwecke, für die das Geld verwendet wird, hat der Landtag intensiv debattiert. Wir beleuchten die Argumente.

Und: Landtagspräsident Klaus Schlie sowie Abgeordnete aus allen Fraktionen beschreiben ihre persönlichen Wünsche für die kommenden zwölf Monate – und wie sie Silvester feiern.

Viel Spaß beim Lesen und alles Gute für 2015 wünscht

Ihre Redaktion

Landeszentrale wird neu strukturiert

Die Leitung der Landeszentrale für politische Bildung wird zum 1. Januar 2015 in eine Beauftragtenstelle umgewandelt. SPD, Grüne und SSW haben ihren entsprechenden Gesetzentwurf im November beschlossen – gegen scharfe Proteste der Opposition.

Der neue Posten des Landesbeauftragten garantiert optimale Bedingungen für eine unabhängige und selbständige Tätigkeit, hieß es bei den Koalitionsfraktionen. Die Landeszentrale ist 2010 vom Bildungsministerium zum Landtag gewechselt. Diese Zuordnung habe sich aber „in der Praxis nicht hinreichend bewährt“. Andererseits habe der Landtag mit den anderen Beauftragten, wie etwa der Bürger- oder dem Flüchtlingsbeauftragten, sehr gute Erfahrungen gemacht.

Der Landesbeauftragte soll laut dem neuen Gesetz vom Landtag mit einfacher Mehrheit für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Zu den Aufgaben gehört es, die „politische Bildung für die gesamte Bevölkerung des Landes überparteilich mit geeigneten Maßnahmen zu fördern“. Als Kontrollorgan ist ein Kuratorium vorgesehen, dem je ein Vertreter pro Fraktion sowie Sachverständige aus Bildungseinrichtungen, Stiftungen und



Verbänden angehören. Einmal in jeder Wahlperiode soll der Beauftragte einen Bericht über seine Arbeit vorlegen. Für die Neuwahl kann das Kuratorium bis zu drei Vorschläge unterbreiten.

Die Leitung der Landeszentrale war ab Sommer 2013 mehrere Monate nicht besetzt. Grund waren Unstimmigkeiten über das öffentliche Ausschreibungsverfahren. Seit Juni 2014 hat der Politikwissenschaftler Heiko Vosgerau den Leitungsposten inne, der zuvor in Lübeck für die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung gearbeitet hat. Union, Liberale und Piraten warfen der Nord-Ampel vor, nun einen Bewerber aus den eigenen Reihen installieren zu wollen. CDU-Fraktionschef Daniel Günther argwöhnte: „Wenn eine Personalie nicht passt, wird gleich das ganze Gesetz geändert.“ Die Koalition trat dem Eindruck entgegen, dass der jetzige Leiter durch das neue Gesetz aus dem Amt gedrängt werden solle. „Es spricht nicht wenig dafür, dass es weiter Herr Vosgerau sein könnte“, sagte der SPD-Abgeordnete Jürgen Weber in der Landtagsdebatte. Bis über die Besetzung der Beauftragtenstelle entschieden ist, bleibt Vosgerau im Amt.

Streit um LRH-Posten:

FDP kündigt Pairing auf

Nach 22 Jahren hat die FDP das Pairing-Abkommen mit den Sozialdemokraten aufgekündigt. Das erklärte Fraktionschef Wolfgang Kubicki während der November-Sitzung.

Zuvor hatte die Koalition es abgelehnt, das FDP-Mitglied Christian Albrecht in den Senat des Landesrechnungshofs (LRH) zu wählen. Albrecht, ehemals Pressesprecher der FDP-Fraktion, war vom LRH nach einer öffentlichen Ausschreibung für den Posten nominiert worden. Er hatte die Koalitionsfraktionen aber nach deren Aussage „fachlich nicht überzeugt“.

Liberalen, CDU und Piraten sprachen anschließend von einem „erschreckenden Maß an Selbstherrlichkeit“. Die FDP will als Konsequenz keine Rücksicht mehr nehmen, wenn bei Abstimmungen ein Abgeordneter der Sozialdemokraten aus dienstlichen oder gesundheitlichen Gründen fehlt. Bislang hatte in solchen Fällen stets ein Freidemokrat auf die Teilnahme an der Abstimmung verzichtet. Durch ein solches „Pairing“ wird gewährleistet, dass sich das Wahlergebnis in den Entscheidungen des Parlaments widerspiegelt.

Die Koalition hat im Landtag eine Mehrheit von einer Stimme.

Das fehlende Pairing kann sich bei auswärtigen Terminen des Ministerpräsidenten auswirken, etwa wenn der Landtag und der Bundesrat gleichzeitig tagen. Ministerpräsident Torsten Albig hat als einziges Kabinettsmitglied auch ein Landtagsmandat inne. Zum Treffen der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin Mitte Dezember schickte Albig seinen Staatssekretär, weil parallel in Kiel die Zweite Lesung des Landeshaushalts anstand.

Im Dezember bekräftigte die FDP ihre Entscheidung: Dies sei „eine notwendige Reaktion auf das unparlamentarische Verhalten der Herren Stegner und Albig sowie der SPD-Fraktion gegenüber uns Liberalen“. CDU-Fraktionschef Daniel Günther rief die FDP dagegen auf, zum Pairing zurückzukehren: „Ich möchte nicht, dass kranke Abgeordnete zu einer Abstimmung ins Plenum geschoben werden müssen“, wird Günther in den Medien zitiert. Die CDU hat eine Pairing-Vereinbarung mit den Grünen. Die Piraten betonten, dass sie für ein Pairing nach wie vor nicht bereitstünden: Ein solches Abkommen schränke die „Freiheit des einzelnen Abgeordneten ein“.

Thomas Hölck neu im Landtag

Zum Auftakt der November-Tagung ist Thomas Hölck von Landtagspräsident Klaus Schlie als neuer Landtagsabgeordneter verpflichtet worden. Hölck hat zum 1. November in der SPD-Fraktion den Platz der ehemaligen Sozialministerin Gitta Trauernicht eingenommen, die Ende Oktober ihr Mandat niedergelegt hatte.

Der 52-jährige Bauingenieur gehörte bereits von 2005 bis 2009 dem Landtag als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Pinneberg-Elbmarschen an. In der Fraktion übernimmt der gelernte Maurer die Themen Wohnungsbau und Küstenschutz. Hölck lebt in der Elbvorland-Gemeinde Haseldorf (nahe Uetersen), er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Die Eidesformel, die Abgeordnete bei der Verpflichtung dem



Landtagspräsidenten nachsprechen, lautet: „Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe.“ Der Eid konnte auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Bull war nicht Oppositionsführer

In unserer letzten Ausgabe ist uns auf Seite 5 ein Fehler unterlaufen. In unserem Rückblick auf die Debatten im Landtag zur Wendezeit 1989/90 haben wir ein Bild des damaligen Innenministers Hans-Peter Bull (SPD) abgedruckt, diesen in der Bildunterschrift aber als CDU-Oppositionsführer Heiko Hoffmann ausgewiesen. Das ist vielen Lesern aufgefallen, auch den beiden Betroffenen. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.



Hans-Peter Bull (li.), Heiko Hoffmann, circa 1990

WORTWÖRTLICH:

„Fangen Sie endlich an zu arbeiten, Sie haben nur noch zwei Jahre Zeit, bevor Sie abgewählt werden!“

(Oppositionsführer Daniel Günther, CDU, an die Adresse der Landesregierung)

„Durch Heftigkeit ersetzt der Irre, was ihm an Kraft und Einsicht fehlt.“ Das konnte man bei Ihnen erkennen, Herr Oppositionsführer.“

(Ralf Stegner, SPD, zitiert Goethe)

„Ich will auch alles! Ich hätte auch gern alles! Aber alles gibt's nicht!“

(Eka von Kalben, Grüne, zu den Haushaltsanträgen der Opposition)

„Man könnte es auch als Verdummungspolitik bezeichnen, was Sie da treiben, aber das tue ich selbstverständlich nicht, das tue ich selbstverständlich nicht.“

(Heiner Garg, FDP, mit Blick auf die Regierungsbank)

Aus der Zweiten Lesung des Landeshaushalts am 11. Dezember. Mehr Zitate ab Seite 4.



ZITATE 2014: Ministerpräsident, Maisfelder, Mertesacker



Thema Technik:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich glaube, wenn Google eine Frage hat, dann fragen sie bei Dolgner nach.“

Wolfgang Kubicki (FDP) am 22. Januar über den SPD-Abgeordneten Kai Dolgner

+++

„Es ist im jetzigen Zeitalter, in dem Menschen zum Mond fliegen und Computer herstellen können, ein bisschen verwunderlich, mir zu erzählen, man sei nicht in der Lage eine bleifreie Munition herzustellen, die genauso gut wie Bleimunition ist.“

Flemming Meyer, SSW, am 14. Mai in der Debatte über bleifreie Jagdmunition

+++

„Aber wenn wir einmal einen Augenblick lang nicht als Energiepolitiker, als Wirtschaftspolitiker oder als Straßenbaupolitiker reden, dann müssen wir zugeben, dass ein Land, das nur aus A 20, Beltquerung, Stromtrassen, Windkraftträgern, Maisfeldern, Gewerbegebieten und Aldi vor der Haustür besteht, nicht das Land ist, in dem wir leben wollen.“

Umweltminister Robert Habeck, Grüne, am 14. Mai in der Debatte über das Landesnaturschutzgesetz

Thema Verkehr:

„Minister Meyer hat die Straßen nicht kaputt gemacht. Ich weiß gar nicht, ob er einen Lkw-Führerschein hat.“

Ralf Stegner (SPD) am 10. September in der Debatte über den Landeshaushalt 2015

„Ein kurzes Geständnis zum Schluss – das gehört sozusagen zur Vollständigkeit –: Ich besitze keinen Lkw-Führerschein. Ich war es also nicht.“

Verkehrsminister Meyer am 11. September

+++

Axel Bernstein (CDU): „Ich bin der Auffassung, dass derjenige, der betrunken von der Kneipe nach Hause fährt, sein eCall nicht abstellen darf, weil die Gefahr besteht, dass er einen Fußgänger über den Haufen fährt.“

Kai Dolgner (SPD): „Herr Dr. Bernstein, im Gegensatz zu Ihnen bin ich der Überzeugung, dass ein Betrunkenener gar nicht Auto fahren darf.“

Aus der Debatte über das automatische Notrufsystem „eCall“ am 14. Mai

+++

„Wir sprechen heute über den Landesstraßenzustandsbericht, ein Wort, das wahrlich nicht besser ist als unsere Straßen.“

Kai Vogel (SPD) am 10. Juli

+++

Johannes Callsen (CDU): „Wir wollen mit 4,75 Millionen Euro die Landesstraßen winterfest machen, bevor der kommende Winter sie völlig zerstört.“

Lars Winter (SPD): „Sehr geehrter Herr Callsen! Der kommende Winter bin ich, und ich mache keine Straßen kaputt.“

Aus der Debatte über den Zustand des Straßennetzes am 11. Juli



Thema Landesregierung:

„Meine Damen und Herren, die Reform des kommunalen Finanzausgleichs ist eines der Projekte dieser Landesregierung, die wie ein Tiger zum Sprung ansetzt, der sich schon in der Luft zum Bettvorleger verwandelt.“

Torge Schmidt (Piraten) am 20. Februar in der Debatte über die Kommunalfinanzen

+++

„Herr Callsen, man kann darüber streiten, ob es Schleswig-Holstein hilft, dass wir in der „heute-Show“ auftauchen und man sich über mich lustig macht. Ich vertrete die These, dass es erfolgreicher ist, bemerkt zu werden, als gar nicht aufzufallen.“

Ministerpräsident Torsten Albig, SPD, am 14. Mai in der Debatte über eine als realitätsfern kritisierte Schlagloch-Abgabe

+++

„Hier in Schleswig-Holstein gilt ja bereits ein Selbstgespräch des Ministerpräsidenten als Dialog.“

Daniel Günther (CDU) am 15. Mai in der Debatte über das Lehrerbildungsgesetz

+++

„Nun redet der Kollege Günther auch von der Lust aufs Regieren. Wir anderen warten aber schon seit zwei Jahren darauf, dass die CDU zumindest einmal Lust aufs Opponieren bekommt.“

Lars Harms (SSW) am 8. Oktober in der Debatte über die Kabinetts-umbildung

+++

„Ich muss schon sagen: Mir fiel bei dieser Debatte ein dänischer Spruch ein, der besagt, man müsse sich vieles anhören, ehe einem die Ohren abfallen. Meine Ohren sitzen noch, aber ich musste sie zeitweise gut festhalten.“

Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) am 19. Februar in der Aktuellen Stunde über das Denkmalschutzgesetz



Thema Schule:

„Ich bin in den Halbjahreszeugnissen durch eine Fünf regelmäßig dazu motiviert worden, im zweiten Halbjahr mehr zu tun, um die Fünf zu egalisieren. Meine Halbjahreszeugnisse waren extrem schlecht und die Jahresendzeugnisse extrem gut.“

Wolfgang Kubicki (FDP) in der Debatte über Schulnoten am 10. Oktober

+++

„Jeder noch so dröge Kabarettist hat die Lacher auf seiner Seite, wenn er auf die angeblich so faulen Lehrer eindrischt. Der Lehrer hat vormittags recht und nachmittags frei – alle lachen, und so setzt sich das blöde Vorurteil in den Köpfen fest.“

Jette Waldinger-Thiering (SSW) in der Debatte über die Arbeitsbelastung der Lehrer am 10. September

Thema Zwischenfragen:

„Ich denke, die Frage ist damit beantwortet, vielleicht nicht zu Ihrer Zufriedenheit, aber zu meiner.“

Peter Eichstädt (SPD) am 19. Februar in der Debatte über die Wahl von Landesbeauftragten



„Ich lasse gern eine weitere Frage zu, aber ich weiß nicht so richtig, wen das außer uns beiden interessiert, Herr Koch.“

Finanzministerin Monika Heino (Grüne) am 10. April in der Debatte über Steuer- und Haushaltspolitik zum CDU-Abgeordneten Tobias Koch

+++

„Lieber Kollege Detlef Matthiessen, das ist eine gute Frage. Diese Frage stellen wir uns auch immer wieder. Ich kann sie auch nicht beantworten.“

Hans-Jörn Arp (CDU) am 11. September auf eine Frage des Grünen-Abgeordneten Matthiessen zur PKW-Maut

Thema Sport:

„Lieber Herr Kollege, wir befinden uns noch in Zeiten der WM. Deshalb möchte man mit Mertesacker sagen: „Wat wolln Se jetzt eigentlich von mir?““

Andreas Tietze, Grüne, im Dialog mit Christopher Vogt, FDP, am 10. Juli

+++

„Ich war nie besonders sportlich, aber ich war gut in Musik. Deshalb war ich immer dann, wenn es ums Tanzen ging – zum Beispiel mit dem Band –, zwar nicht besonders gut, aber ich war immer im Takt.“

Barbara Ostmeier, CDU, am 23. Januar in der Debatte über kulturelle Bildung



Thema Tourismus:

„Brokkoli ist gesund, schmeckt aber nicht. Genauso verhält es sich mit dem Slogan „der echte Norden“. Er mag nicht jedermann gefallen, aber unbestritten macht er Schleswig-Holstein bekannt.“

Flemming Meyer, SSW, am 20. Februar in der Debatte über die neue „Dachmarke“ des Landes

+++

„Die neue Dachmarke und das neue Logo haben eben zur Folge, dass jedes Printprodukt den persönlichen Stempel von Minister Meyer bekommt. Das heißt in Zukunft: Kein Flyer ohne Meyer!“

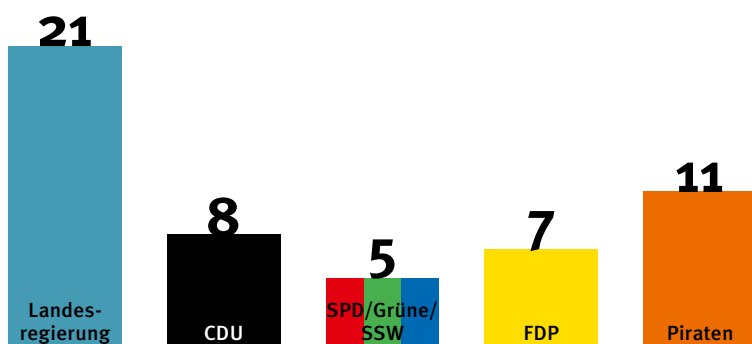
Oliver Kumbartzky (FDP) am 18. Juni, ebenfalls in einer Debatte über den „echten Norden“

Zum Jahresende hat der Dokumentationsdienst des Landtages nachgezählt: Wer stand wie häufig am Rednerpult?
Wer stellte die meisten Anfragen oder brachte die meisten Gesetzentwürfe ein?

Unsere Zahlen beziehen sich wegen des Redaktionsschlusses auf den Zeitraum von Januar bis Ende November 2014.

STATISTIK 2014: Ansprachen, Anfragen, Antworten

Gesetzentwürfe 2014



Jeweils etwa die Hälfte der 48 Gesetzentwürfe, die von Januar bis November in den Landtag eingebracht wurden, kam von der Koalition – zumeist von der Landesregierung – und von den Oppositionsfraktionen.

Zentrale Vorhaben der Nord-Ampel im Jahr 2014 waren die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs, der Lehrerausbildung und des Denkmalschutzes. Die Opposition legte zahlreiche Gegenentwürfe zu den Plänen von SPD, Grünen und SSW vor, die allesamt keine Mehrheit fanden. Das gilt etwa für die Versuche von CDU und FDP, das Tarifreuegesetz, den Landes-Mindestlohn und das Korruptionsregister zu ändern oder zu kippen.

Bei vielen Punkten herrschte aber auch grundsätzliches Einvernehmen im Landtag. So gab es aus verschiedenen politischen Lagern Initiativen für bezahlbaren Wohnraum, für eine bessere Nachwuchswerbung bei der Feuerwehr oder für eine Karenzzeit, wenn Politiker in die Wirtschaft wechseln. Auch die neu gestaltete Landesverfassung beschloss der Landtag im Oktober mit breiter Mehrheit.

1.048

Drucksachen mit Anträgen, Berichten, Anfragen, Antworten und Beschlussempfehlungen gingen über die Tische.

603

Beratungsgegenstände standen auf der Tagesordnung der Plenarsitzungen.

170

Mal kamen die Ausschüsse zusammen. Am häufigsten tagten der Innen- und Rechtsausschuss (29 Mal) und der Finanzausschuss (25 Mal).

62

Regierungsberichte lieferte die Landesregierung im Landtag ab.

19

Rügen erteilten der Landtagspräsident und seine beiden Vizes. Auslöser waren zumeist „unparlamentarische“ Ausdrücke wie „Lüge“, „Quatsch“, „Unverschämtheit“, „dusselig“ oder „peinlich“.

8

Aktuelle Stunden gaben Gelegenheit, zeitnah über dringende Fragen zu debattieren.

Top 3: Fragen

Die Kleine Anfrage an die Landesregierung ist vor allem für die Opposition ein Instrument, um die Arbeit von Kabinett und Verwaltung kritisch zu beleuchten. Entsprechend kam ein Großteil der 480 Anfragen von CDU, FDP und Piraten. Den größten Fragebedarf hatte erneut ein Pirat.

1. **Patrick Breyer (Piraten)**
80 Anfragen
2. **Volker Dornquast (CDU)**
39 Anfragen
3. **Anita Klahn (FDP)**
32 Anfragen

Aus den Reihen der Koalition wurden 13 Kleine Anfragen gestellt. Ähnlich sah es bei den Großen Anfragen aus, die einen Themenkomplex umfassend durchdringen sollen: Vier kamen 2014 von der CDU, eine von den Piraten, eine von der SPD.



Fragt viel: Patrick Breyer

Top 3: Reden

Wie in den letzten Jahren, so standen auch 2014 die SSW-Abgeordneten am häufigsten am Rednerpult. Denn: Die drei Parlamentarier des Südschleswigschen Wählerverbands müssen die gleiche Zahl an Beiträgen abliefern wie die größeren Fraktionen – nur können beispielsweise CDU und SPD die Arbeit auf über 20 Mitglieder verteilen.

1. **Lars Harms (SSW)**
99 Reden
2. **Flemming Meyer (SSW)**
74 Reden
3. **Wolfgang Kubicki (FDP)**
67 Reden

Bei den anderen Fraktionen standen aktuelle oder ehemalige Fraktionsvorsitzende am häufigsten vor dem Mikrofon: Johannes Callsen (CDU/37 Reden), Ralf Stegner (SPD/45), Eka von Kalben (Grüne/34), Patrick Breyer (Piraten/65). Für die Landesregierung lieferte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD/42) die meisten Wortbeiträge.



Sagt viel: Lars Harms

HAUSHALT 2015: „Solide und gerecht“ oder „Dokument des Scheiterns“?

Schleswig-Holsteins Landeshaushalt für 2015 ist unter Dach und Fach. Der Landtag verabschiedete den Etat Mitte Dezember mit den Stimmen von SPD, Grünen und SSW. Die Koalition sieht sich auf Kurs Richtung Konsolidierung und Modernisierung. Die Opposition aus CDU, FDP und Piraten votierte geschlossen mit Nein und forderte vergeblich mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Nach sechsständiger, teils hitziger Debatte stand der Etat. Er sieht Ausgaben von gut 10,3 Milliarden Euro vor. Statt der ursprünglich geplanten 9,8 Milliarden Euro ist die Neuverschuldung mit 262 Millionen angesetzt. Zur Verfassungsgrenze bleibt ein Puffer von 134 Millionen. Rot-Grün-Blau erhöht die Verschuldung, weil die Steuereinnahmen weniger stark wachsen als zunächst erwartet. Die Investitionsquote liegt wie im Vorjahr bei 7,3 Prozent. Der Schuldenberg des Landes beträgt rund 27 Milliarden Euro. Mehr Zahlen: Seite 8.

CDU-Fraktionschef Daniel Günther attackierte den Haushalt als „Dokument des Scheiterns dieser Landesregierung“. Die Koalition habe eine Milliarde Euro mehr zur Verfügung als Schwarz-Gelb im Jahr 2012, rechnete Günther vor: „Sie aber investieren weder in Straßen noch in Bildung.“ Das Geld „versickere“ in der Verwaltung. Die CDU hatte vergeblich gefordert, die Investitionsquote auf 7,8 Prozent hochzufahren, 18 Millionen Euro Bafög-Mittel an die Hochschulen zu verteilen und 90 Millionen in die maroden Landesstraßen zu stecken. Zudem sei es möglich, so Günther, 400 neue Lehrer und mittelfristig 160 zusätzliche Polizisten einzustellen.

Die Forderungen der Opposition seien reine „Parteitagshetze“ und nicht seriös finanziert, konterte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner. Er verteidigte die Neuverschuldung von 262 Millionen Euro. Sportstätten, Schwimmbäder und Krankenhäuser erhielten ebenso mehr Geld wie das Landeslabor oder die Städtebauförderung: „Wir wissen, dass der Bedarf an vielen Stellen größer



Rot-Grün: Ralf Stegner (SPD) und Eka von Kalben (Grüne) setzen auf „gute Bildung und soziale Gerechtigkeit“

ist, aber im Rahmen der Möglichkeiten tun wir das Möglichste“. Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben warf der Opposition vor, sie wolle populistisch Mittel verteilen, die es gar nicht gebe. Im Gegensatz zur Union, die auf die Marschroute „Beton statt Köpfe“ setze, stehe der Haushalt der Nord-Ampel dafür, das Leben der Menschen besser zu machen, so von Kalben.

Der FDP-Finanzexperte Heiner Garg nannte Rot-Grün-Blau die „mit Abstand schlechteste Regierung, die dieses Land jemals erdulden musste“. Seine Forderung: Jeweils 50 Millionen mehr für Hochschulen und Infrastruktur, 30 Millionen für die Krankenhaus-Sanierung. Garg hielt insbesondere der SPD vor, sich gegen ein Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs bei der Eingliederungshilfe zu stemmen. Hierbei geht es um rund 650 Millionen Euro pro Jahr für Menschen mit Behinderung. „Die Frage, wie dieses Geld passgenau verwendet werden kann, interessiert Sie nicht“, schimpfte Garg: Die SPD vertrete an dieser Stelle nur die Interessen der Sozialverbände.

Piraten-Fraktionschef Torge Schmidt warnte die Koalition davor, auf dauerhaft niedrige Zinsen zu setzen: „Falls das Zinsniveau wieder steigt, kommen wir in eine Haushaltsnotlage.“ Ein Prozent Zinssteigerung auf dem Kapitalmarkt mache Mehrausgaben von 300 Millionen Euro aus. Das Ziel der Koalition, mehr Lehrerstellen im System zu belassen, sei zwar zu



Schwarz-Gelb: Daniel Günther (CDU) und Wolfgang Kubicki (FDP) fordern eine andere Haushaltspolitik

Der Landeshaushalt 2015

begrüßen, so Schmidt. Allerdings gebe es noch gar keine „verlässliche Lehrerbedarfsprognose“. Auch die Piraten wollten die Hochschulen stärker bezuschussen und verlangten mehr Mittel für die Verbraucherzentralen.

Lars Harms vom SSW unterstrich, die Nord-Ampel habe im sozialen und kulturellen Bereich neue Akzente gesetzt. Dies sei nicht „nice to have“, weil man „Geld über hat“, sondern ein „unverzichtbarer Grundpfeiler der Gesellschaft“. Auch Harms bedauerte, dass der Rechnungshof weiterhin den Kommunen bei der Vergabe der Eingliederungshilfe nicht auf die Finger schauen darf. Hier seien SSW und Grüne koalitionsintern am Veto der SPD gescheitert.

Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) zeigte sich überzeugt:

„Schleswig-Holstein kommt dem Ziel eines dauerhaft ausgeglichenen Haushalts einen weiteren großen Schritt näher“. Mit seiner „Balance aus Investition in Bildung, Infrastruktur und Haushaltskonsolidierung“ sei der Etat „solide und gerecht“. Angesichts der Proteste - vor dem Landeshaus demonstrierten während der Haushaltsberatungen 2.500 Studenten für eine bessere Ausstattung der Unis - sprach Albig aber auch von einem „Haushalt der kleinen Schritte“. „Mehr geht nicht in dieser Zeit“, bekannte er. Die Koalition habe sich „bewusst dafür entschieden“, die BAföG-Mittel des Bundes in 728 Lehrstellen zu stecken und 2015 nicht an die Unis zu geben.

Der Haushalt im Detail: Drucksache 18/2480 (396 Seiten)



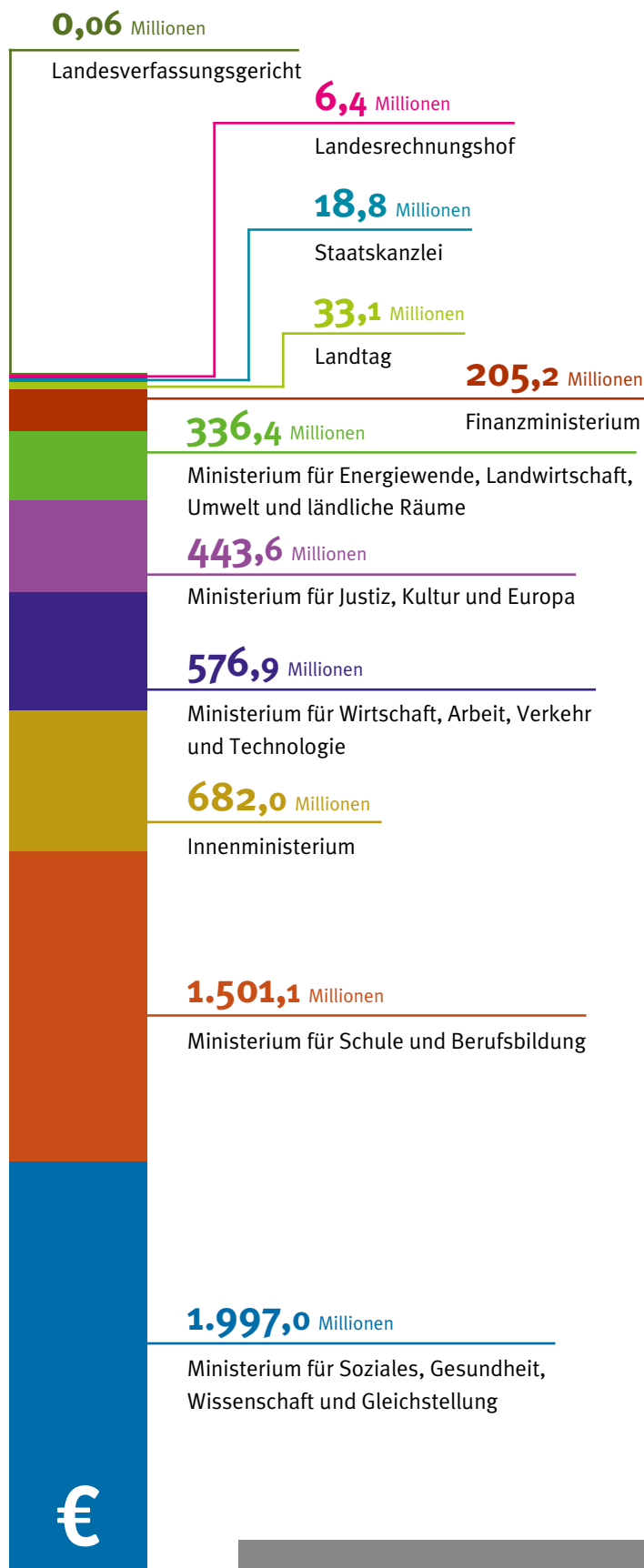
Rund 2.500 Studenten demonstrierten während der Haushaltsberatung vor dem Landeshaus.

Der Vergleich: Haushalt 2014 – Haushalt 2015

Einige Kerndaten zum Landeshaushalt.

Die Summen sind in Millionen Euro angegeben

	2014 (Nachtrag)	2015
Einnahmen (bereinigt)	9.716	10.072
Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr	-0,5 Prozent	+ 3,7 Prozent
Ausgaben (bereinigt)	10.005	10.335
Nettokreditaufnahme	287	262
Personalausgaben	3.669	3.848
Anteil der Personalkosten am Gesamthaushalt	36,7 Prozent	37,2 Prozent
Zinsausgaben	909	776
Landesmittel für den Kommunalen Finanzausgleich	1.411	1.527
Investitionsausgaben	730	750
Investitionsquote	7,3 Prozent	7,3 Prozent



Hinzu kommen die Ausgaben für Allgemeine Finanzverwaltung, Hochbaumaßnahmen, Raumbedarfsdeckung sowie Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation

Neujahrswünsche von Landtagspräsident Klaus Schlie:

„Mut, Zuversicht und Tatkraft“

Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner,

Weihnachten ist unser wichtigstes Friedensfest. Im ausklingenden Jahr haben sich die Menschen in Schleswig-Holstein, in Deutschland und in ganz Europa auf vielfältige Weise mit dem Thema Frieden auseinandergesetzt. Die Erinnerung an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und an den deutsch-dänischen Krieg vor 150 Jahren haben eindrücklich gezeigt, wie erfolgreich es uns gelungen ist, Europa heute zu einem Ort des dauerhaften Friedens zu machen. Der Hass und das blutige Schlachten von 1914 und 1864 sind uns zutiefst fremd und unverständlich geworden – Krieg und Machtpolitik sind seit vielen Jahrzehnten im Herzen Europas keine Optionen mehr.

An den Außengrenzen unserer europäischen Staatengemeinschaft aber mussten wir in diesem Jahr erleben, dass der Krieg als Mittel gewaltsamer Grenzverschiebungen und zur Durchsetzung von Machtansprüchen eine unselige Wiedergeburt erfuhr. Kaum weniger weit entfernt, im Irak und in Syrien, kam es zu grausamen Verbrechen, in deren Folge Tausende von Menschen gezwungen waren, ihr Zuhause zu verlassen und bei uns Schutz zu suchen. Das Bekenntnis zum Frieden schließt die Bereitschaft mit ein, diesen verfolgten Menschen zu helfen.

2015 können die Deutschen auf 25 Jahre Wiedervereinigung zurückblicken – und das mit Stolz auf das Erreichte, aber auch in dem verpflichtenden Bewusstsein, als Teil Europas an der Weiterentwicklung des europäischen Gedankens mitzuwirken.

Bereits 1955 gingen durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, die den Grundstein zu einer modernen Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein legten, wichtige Signale für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unterschiedlichen nationalen Bekenntnisses aus – ein Ereignis, dem wir 2015 ebenfalls besonders gedenken werden.

In der Erinnerung an die Vergangenheit, mit Engagement für die Gegenwart und mit Mut, Zuversicht und Tatkraft für die Zukunft – mit diesem Rezept werden die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins, Deutschlands und Europas auch 2015 erfolgreich meistern. Dazu wünsche ich allen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Neues Jahr!

Ihr
Klaus Schlie



Silvester – same procedure as every year?

Fondue, Raketen, Bleigießen, Dinner For One: Das sind die Klassiker für den letzten Abend des Jahres. Auch im Landtag rufen einige „Cheerio, Miss Sophie“, andere verbringen den Abend ganz anders und feiern den Hochzeitstag, verteilen Geschenke an ihre Kinder oder zünden ein virtuelles Feuerwerk per App.



Andreas Tietze, 52 Jahre,
Grüne, von Sylt

Wo und wie feiern Sie Silvester?

Ich feiere mit meiner Familie und Freunden auf meiner Heimatinsel Sylt.

Feuerwerk und Knallfrösche – ja oder nein?

Nein! Auf Sylt besteht eine Ausnahmesituation: Aufgrund der vielen Reetdachhäuser ist das Abbrennen von Feuerwerk verboten. Das ist sehr wohltuend, und es gibt zahlreiche Gäste, die gerade deshalb Silvester nach Sylt kommen. Ich befürworte auch die Aktion „Brot statt Böller“ von

Brot für die Welt. Dazu kann man sich eine kostenpflichtige App herunterladen und ein amüsantes Smartphone-Feuerwerk abbrennen lassen. Ich finde, das ist eine ganz witzige Alternative.

Welchen Neujahrswunsch haben Sie für das Land Schleswig-Holstein?

Dass die neue Glückswachstumsstrategie Früchte bringt und die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner noch glücklicher und zufriedener sind als 2014!



Serpil Midyatli, 39 Jahre, SPD,
aus Gettorf

Wo und wie feiern Sie Silvester?

Wir feiern immer mit derselben Gruppe; wir sind sechs Familien mit Kindern, insgesamt 20 Personen. Es wird reihum gefeiert, dieses Jahr bei uns. Die Gastgeber sind für Getränke und beim Essen für den Hauptgang zuständig, die Gäste bringen Vor- und Nachspeisen mit. Da es sich um Paare mit

deutschen und türkischen Wurzeln handelt, pflegen wir auch türkische Traditionen, zum Beispiel dass die Kinder an Silvester kleine Geschenke bekommen.

Feuerwerk und Knallfrösche – ja oder nein?

Die Kleinen dürfen ein paar Knallerbsen und Wunderkerzen zünden. Alle sagen zwar immer, wir wollen keine Raketen, aber die Männer können es dann doch nicht ganz lassen – also einige wenige Raketen gehen um Mitternacht deshalb auch bei uns hoch. Es ist eben nicht so einfach, sich dem zu entziehen.

Welchen Neujahrswunsch haben Sie für das Land Schleswig-Holstein?

Schleswig-Holstein ist das Bundesland, in dem die Menschen am glücklichsten sind. Ich wünsche mir, dass es auch bei der Gerechtigkeit auf Platz 1 kommt.



Sven Krumbek, 25 Jahre,
Piraten, aus Kiel

Wo und wie feiern Sie Silvester?

Silvester feiere ich mit meiner Freundin und einigen guten Freunden ganz in der Nähe Kiels. Mehr darf ich leider noch nicht verraten, sonst ist die Überraschung dahin.

Feuerwerk und Knallfrösche – ja oder nein?

Das genieße ich eher passiv als aktiv, aber ich bin da nicht dogmatisch. Das soll jeder Mensch halten, wie sie oder er es mag, da mische ich mich nicht ein. Ich kann die Freude daran nachempfinden und moralinsaures Fingerheben ist eh nicht meine Sache.

Welchen Neujahrswunsch haben Sie für das Land Schleswig-Holstein?

Ich würde mir wünschen, dass alle Kinder in Schleswig-Holstein 100 Prozent zur Schule gehen können, Zeit zum Spielen haben, ausreichend und gesundes Essen bekommen und gefragt werden, wenn etwas sie direkt betrifft.



Flemming Meyer, 63 Jahre,
SSW, aus Handewitt

Wo und wie feiern Sie Silvester?

Der 31. Dezember ist zunächst ein normaler Arbeitstag für mich und meine Frau. Am Nachmittag mache ich uns dann ein schönes Essen, woraufhin wir zu meinem Vater, Karl Otto Meyer, fahren und die Abendstunden gemütlich beisammen sind. Kurz vor Mitternacht geht es nach Hause, um mit den Nachbarn anzustoßen und das Feuerwerk zu genießen.

Feuerwerk und Knallfrösche – ja oder nein?

Ein Feuerwerk ist schön anzusehen, Knallfrösche und andere Knaller finde ich persönlich überflüssig. Mir reicht es allerdings, das Feuerwerk zu betrachten. Selbst Raketen zu zünden reizt mich nicht.

Welchen Neujahrswunsch haben Sie für das Land Schleswig-Holstein?

Ich wünsche mir, dass das Land auch im kommenden Jahr große Fortschritte macht: mehr wirtschaftliches Wachstum, mehr gute Arbeitsplätze zu fairen Löhnen,

mehr soziale Gerechtigkeit bei Kita und Schule, Fortschritte bei Inklusion und der Energiewende – und natürlich wieder einen so schönen Sommer, wie wir ihn 2014 hatten.



Oliver Kumbartzky, 33 Jahre,
FDP, aus Brunsbüttel

Wo und wie feiern Sie Silvester?

Da ich Silvester auch Hochzeitstag habe, ist der Tag immer ein ganz besonderer. Er beginnt mit einem ausgiebigen Frühstück im Kreise der Familie. Am frühen Abend geht es mit den Kindern zum Rummelpottlaufen in die Nachbarschaft. Anschließend beginnt die gleiche Prozedur wie in jedem Jahr: Miss Sophie lädt zu einem Dinner ein, anschließend gibt es Silvesterpunsch. Der Silvesterabend wird mit Freunden bei uns zu Hause in Brunsbüttel verbracht. Um Mitternacht, wenn die Schiffe auf der Elbe tuten, geht es auf die Straße, wo das Feuerwerk betrachtet wird.

Feuerwerk und Knallfrösche – ja oder nein?

Eigene Feuerwerkskörper zünden wir seit mehreren Jahren nicht mehr – es ist auch so bunt genug am Himmel.

Welchen Neujahrswunsch haben Sie für das Land Schleswig-Holstein?

Für Schleswig-Holstein wünsche ich mir einen milden Winter, damit die Straßen nicht noch mehr in Mitleidenschaft gezogen werden, und einen langen, warmen Sommer für eine erfolgreiche Tourismusaison 2015 im Land zwischen den Meeren.



Axel Bernstein, 40 Jahre,
CDU, aus Wahlstedt

Wo und wie feiern Sie Silvester?

Wir feiern Silvester wie in den letzten Jahren mit der ganzen Familie bei uns zu Hause. Manchmal sind auch noch ein paar enge Freunde dabei. Wir essen der Kinder wegen eher früh – und eher Gerichte, die auch bei Vierjährigen für einen harmonischen Jahresausklang sorgen...

Feuerwerk und Knallfrösche – ja oder nein?

Bislang seit vielen Jahren nein. Wir haben uns da von unserem Hund erziehen lassen, der Böller und Raketen in unmittelbarer Nähe nicht so schön findet. Ich vermute jedoch, dass zumindest unser Sohn in diesem Jahr einige Raketen einfordern wird. Die werde ich dann sicher vor zwölf zünden. Um Mitternacht schauen dann die Erwachsenen dann eher zu, was von der Nachbarschaft aus in den Himmel startet.

Welchen Neujahrswunsch haben Sie für das Land Schleswig-Holstein?

Für unser Land wünsche ich mir, dass wir in 2015 von großen Unglücken verschont bleiben, dass die wirtschaftliche Entwicklung gut ist und dass alle, die politische Verantwortung tragen, noch mehr als bislang darüber nachdenken, wie sich ihre Entscheidungen in zehn, 20 oder 50 Jahren auswirken können. Und ich wünsche mir, dass endlich an der A20 weitergebaut wird.

PERSONALIEN

Daniel Günther, seit Oktober CDU-Fraktionsvorsitzender, hat von seinem Vorgänger Johannes Callsen den Sitz im Parlamentarischen Kontrollgremium des Verfassungsschutzes übernommen. Außerdem ist Günther künftig stellvertretendes Mitglied im Richterwahlausschuss. Der Landtag bestätigte die beiden Neubesetzungen im November einstimmig.

Heike Franzen und Katja Rathje-Hoffmann bleiben stellvertretende Vorsitzende der Landes-CDU. Ein Parteitag bestätigte die beiden Abgeordneten Mitte November in ihrem Amt. Gleichzeitig wurde **Hans-Jörn Arp** als CDU-Schatzmeister wiedergewählt.

Detlef Buder, SPD-Landtagsabgeordneter von 2005 bis 2012, ist Ende November mit der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel ausgezeichnet worden. Mit der Verdienstnadel würdigt das Innenministerium herausragendes Engagement in der Kommunalpolitik. Buder ist stellvertretender Bürgervorsteher in seiner Heimatgemeinde Büsum. Es sei ihm „maßgeblich zu verdanken, dass in der Gemeinde ein Jugendzentrum eingerichtet wurde“, heißt es in der Laudatio. Zudem war Buder in Dithmarschen jahrelang als Kreistagsabgeordneter und als 2. stellvertretender Landrat aktiv.

Peter Harry Carstensen, ehemaliger Ministerpräsident und Landtagsabgeordneter, ist neuer Vorsitzender des Patientenombudvereins Schleswig-Holstein. Er war einziger Kandidat bei der Mitgliederversammlung Ende Oktober in Bad Segeberg. Der CDU-Politiker ist als Vereinsvorsitzender – wie schon zuvor als Mi-

nisterpräsident – Nachfolger von Heide Simonis, die den Vorsitz nach drei Jahren abgegeben hat. Der Patientenombudverein unterstützt Patienten mit dem Ziel, Konflikte mit Ärzten, Krankenhäusern, Krankenkassen und anderen Beteiligten im Gesundheitswesen zu bereinigen. Zu den Mitgliedern des Vereins zählen Krankenkassen, soziale Einrichtungen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Verbände.

Peter Höver, Landeshaus-Korrespondent des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags, bleibt für ein weiteres Jahr Vorsitzender der Landespressekonferenz (LPK). Auch die übrigen Vorstandsmitglieder wurden nach Angaben der LPK Anfang November in ihren Ämtern bestätigt. Stellvertretende Vorsitzende bleiben Ulf B. Christen (Kieler Nachrichten), Christiane Habenicht (NDR-Fernsehen) sowie André Klohn und Wolfgang Schmidt (beide dpa). Andreas Otto (Radio Schleswig-Holstein/R.SH) führt seine Arbeit als Schatzmeister fort. Die Landespressekonferenz vereint die Journalisten, die regelmäßig über die Landespolitik in Schleswig-Holstein berichten.

Erhard Christian Wollny ist neues Mitglied des Landesrechnungshofes (LRH). Der Landtag wählte den bisherigen Abteilungsleiter für Verkehr und Straßenbau im Wirtschaftsministerium im November einstimmig. Die Landesregierung hatte Wollny auf Empfehlung des LRH nominiert. Keine Mehrheit fand hingegen der zweite Kandidat für einen Posten beim Rechnungshof, Christian Albrecht (siehe Seite 3).

NACHRUF

Trauer um Günter Friedrich



In der Dezember-Tagung hat der Landtag des ehemaligen Abgeordneten Günter Friedrich gedacht. Der CDU-Politiker aus Elmshorn war am 4. Dezember im Alter von 89 Jahren verstorben. Landtagspräsident Klaus Schlie würdigte Friedrich als Parlamentarier, „der sich durch seine ausgleichende, stets an der Sache orientierte Art auszeichnete“. Der in Ritzow/Pommern geborene Lehrer gehörte dem Landtag mit einer kurzen Unterbrechung von 1967 bis 1987 an.

Trauer um Major Tony Hibbert



Am 12. Oktober ist Major Tony Hibbert im Alter von 96 Jahren in Cornwall/England verstorben. Major Hibbert war im Zweiten Weltkrieg Kommandeur einer britischen Spezialeinheit. Er handelte am 5. Mai 1945 im heutigen Landeshaus einen Waffenstillstand aus, der den Zweiten Weltkrieg in weiten Teilen Schleswig-Holsteins beendete. Zugleich verhinderte seine Einheit den weiteren Vormarsch der Sowjetarmee entlang der Ostseeküste. Die Stadt Kiel hat Major Hibbert im Jahr 2010 deswegen mit dem Prunksiegel ausgezeichnet. In den vergangenen Jahren war Major Hibbert mehrmals im Landeshaus zu Gast.

RUNDE GEBURTSTAGE

Berthold Sprenger aus Heiligenhafen, von 1983 bis 1996 für die CDU im Landtag, hat am 2. November seinen **75. Geburtstag** gefeiert.

Björn Engholm aus Lübeck, von 1983 bis 1994 für die SPD im Landtag, Ministerpräsident von 1988 bis 1993, hat am 9. November seinen **75. Geburtstag** gefeiert.

Peter Gerckens aus Schwabstedt, von 1996 bis 2000 für den SSW im Landtag, hat am 12. November seinen **70. Geburtstag** gefeiert.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

Unsere Volontärin Vivien Albers hat im Oktober und November ein mehrwöchiges Seminar an der Akademie für Publizistik in Hamburg absolviert. Eine der Aufgaben war es, eine Reportage zu schreiben. Dafür besuchte sie Boostedt bei Neumünster, wo in den kommenden Monaten bis zu 500 Flüchtlinge einquartiert werden sollen.



Vor dem Gemeindehaus der evangelischen Kirche in Boostedt schleicht ein schwarz-weißer Kater durchs Gras und beobachtet das Treiben um ihn herum. Es ist Reformationstag. Mitglieder der Bartholomäus-Gemeinde haben einer Grundschulklasse eben ein Theaterstück vorgeführt. In dem Schauspiel ging es darum, wie Martin Luther seine Thesen an der Schlosskirche in Wittenberg angeschlagen hat.

Martin Luther ist noch in der Kirche und legt die Kutte ab. Es ist der Pastor von Boostedt, Thomas Lemke. Gemeinsam mit anderen Kirchenvertretern bereitet er das Dorf auf das neue Jahr vor. In der Rantzau-Kaserne, wenige hundert Meter entfernt, entsteht dann eine Unterkunft für Asylsuchende. Die teilweise leerstehenden Wohnblöcke der Panzerbrigade 18 werden eine Erweiterung des Erstaufnahmelagers in Neumünster.

Es ist eine große Zahl, die auf die Boostedter zukommt: Rund 500 Flüchtlinge sollen in der Kaserne untergebracht werden. Nicht einmal 4.600 Einwohner hat die Gemeinde. Dieses Zahlenverhältnis habe viele Menschen erstmal verschreckt, erzählt Thomas Lemke. Sabrina Freuling, eine junge Lehrerin und Kirchenvorsteherin, nickt zustimmend. „Die Stimmung hier ist durchwachsen, viele sind unsicher.“ Die Dorfbewohner seien eben mit einer völlig neuen Situation konfrontiert, erklärt der Pastor, und könnten die noch nicht so recht einschätzen. Auf einer Einwohnerversammlung wenige Wochen zuvor äußerten einige Bürger Sorgen vor Kriminalität, oder dass es zu wenige Ärzte in Boostedt für Einheimische und Flüchtlinge gebe. Solche Ängste wollen Sabrina Freuling und Pastor Lemke zerstreuen. Deswegen waren sie am Vortag in der Landesunterkunft in Neumünster und in der dortigen Kirchengemeinde, die sich für die Flüchtlinge engagiert.

In der Neumünsteraner Unterkunft ist es ruhig. Trotz des guten Wetters ist draußen wenig los. Ein Mann vom Sicherheitsdienst geht über den Hof, am Zaun steht ein kleines Grüppchen Männer mittleren Alters und diskutiert leise, vor dem Hauseingang raucht ein junger Mann. An einer Flurtür hängen mehrere Wegweiser: Frauensportraum, Männerportraum, Schule für Kinder von sechs bis 16 Jahren. Das Büro von Ulf Döhring, Leiter des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten, ist groß und hell und befindet sich im vorderen Haus der Flüchtlingsunterkunft. Er leitet das Amt schon seit über 14 Jahren. In diesem Jahr ist noch mehr zu tun als sonst, die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist erstmals wieder so hoch wie Mitte der 1990er Jahre. Die meisten von ihnen, in diesem Monat fast 27 Prozent, stammen aus Syrien, sie sind vor dem Bürgerkrieg geflohen. An manchen Tagen kommen 50 neue Flüchtlinge in die Unterkunft. Zurzeit können die Asylsuchenden nur zwei Wochen

**Bis zu 50
neue Flüchtlinge
pro Tag**



Sabrina Freuling (links), Pastor Thomas Lemke und Kerstin Todt von der Bartholomäus-Gemeinde Boostedt

bleiben, bevor sie den Kreisen zugewiesen werden. 14 Tage sind viel zu kurz, um ein vernünftiges Asylverfahren zu starten, erklärt Döhring. Es ist eine Aufenthaltsdauer von sechs Wochen nötig, um den Kreisen genügend Zeit zu geben, sich darauf vorzubereiten, wer kommt und was die Menschen brauchen.

Kein Wunder also, dass der Leiter des Landesamtes froh ist, wenn die zusätzliche Aufnahme stelle in Boostedt aufmacht. Die Sorgen und Ängste der Dorfbewohner kann er nachvollziehen. „Aber ich bin sicher, dass sie sich nicht realisieren werden. Ich denke, dass die Ängste abgebaut werden, wenn es losgeht. Aber das geht nur durch Erleben.“ So wie in Neumünster selber, hier haben die Einwohner keinen Anlass für Sorgen. Straftaten zählt die Polizei im Umkreis der Unterkunft nur sehr wenige, und auch sonst gibt es keinen Grund zur Klage. Das Verhältnis zur Nachbarschaft sei sehr gut, erzählt Döhring. Woran man das merke? „Es kommt keiner, um sich zu beschweren.“ Bei der letzten Einwohnerversammlung ging es darum, dass die Unterkunft bald vergrößert wird. Gerade einmal fünf interessierte Bürger kamen. Auch die medizinische Versorgung sei unproblematisch, versichert der Leiter des Landesamtes. Im Boostedter Aufnahmelager soll es einen ärztlichen Dienst geben, der eine Art hausärztliche Betreuung anbietet. Und das Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster habe schon zugesagt, die 500 neuen Flüchtlinge versorgen zu können.

Über all das hat Ulf Döhring auch mit Pastor Lemke und Sabrina Freuling gesprochen. Zurück in Boostedt planen die beiden mit diesen Auskünften einen Informationsabend. Dazu laden sie auch die Pastorin der Gemeinde in Neumünster ein und einen Flüchtling mit Dolmetscher. „Wir wollen damit sozusagen live die Ängste abbauen“, erklärt der Geistliche. Es geht aber nicht nur

darum, zu informieren, sondern auch, den Flüchtlingen zu helfen. Dafür soll ein Verein gegründet werden. Pastor Lemke ist sich darüber im Klaren, dass nur wenige ehrenamtliche Angebote bei einem so kurzen Aufenthalt von zwei bis sechs Wochen umsetzbar sind. Aber wenigstens das Allererste wolle man anbieten, mit Gesten und Spielzeug helfen oder den Asylsuchenden im Supermarkt erklären, wo sie was finden. Eine „Willkommens-Mini-Kultur“, wie er es ausdrückt. Einige Bürger würden gerne jetzt schon loslegen, ergänzt Sabrina Freuling, und Kleidung oder Haushaltsgegenstände spenden.

Das möchten selbst ehemalige Boostedter. Der Bürgermeister des Dorfes, Hartmut König, hat kürzlich ein Paket aus Göttingen bekommen. „Darin war ein ganz lieber Brief“, erzählt er. „Jemand, der vor vielen Jahren hier wohnte, hat uns zehn nagelneue Teddys geschickt als Willkommensgruß für die Kinder.“ Warum die Bereitschaft, zu helfen, so groß ist, liegt für Hartmut König auf der Hand: Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden viele Flüchtlinge und Vertriebene in Boostedt Zuflucht und blieben. Durch sie wurde aus dem kleinen Ort erst ein richtiges Dorf. Davon zeugen noch einige Straßenna-

men, wie die Schlesienstraße, die Pommernstraße oder die Ostpreußenstraße. Nun benötigen andere Menschen Hilfe und Unterkunft, und die will man gerne geben.

Aber der Bürgermeister will nicht alles beschönigen. Neben der Hilfsbereitschaft sei auch Unmut aufgekommen. Die Einwohner und die Kommunalpolitiker fühlten sich nicht immer ausreichend informiert über die Pläne, die Kaserne umzugestalten.

Wolfgang Brückner, CDU-Fraktionsvorsitzender der Gemeinde, bestätigt das. Teilweise seien die Medien eher im Bilde gewesen als die Entscheidungsträger und Einwohner von Boostedt. Außer-

dem gebe es noch einige offene Fragen, kritisiert er. So wie die, wo der Schulsport zukünftig stattfinden soll. Die Turn-

halle der Kaserne dient dem Sportunterricht der hiesigen Schule, gehört aber zu dem Teil der Kaserne, der für die Flüchtlingsunterkunft genutzt wird. Bedenklich findet Wolfgang Brückner auch, dass die Asylsuchenden auf einem Militärgelände mit einer Standortschießanlage untergebracht werden. „Wir hören nachts das Schießen. Ist das gut für traumatisierte Flüchtlinge? Oder wenn Leute in Uniform im Laufschrift vorbeikommen?“ Trotzdem sieht der Fraktionsvorsitzende die Situation als

Teddys, Kleidung und ein paar offene Fragen



Wolfgang Brückner, CDU-Fraktionsvorsitzender von Boostedt



Hartmut König, Bürgermeister von Boostedt

eine Aufgabe, die es gemeinsam zu lösen gilt und die viele Chancen birgt: Menschen anderer Kulturen kennenzulernen zum Beispiel. Bürgermeister König erzählt, dass auch die Bürger keine Trotzreaktion zeigen, im Gegenteil. Indem sie sich jetzt schon vorbereiten, könne Boostedt als Vorbild dienen, findet König.

Im Gemeindehaus herrscht Aufbruchstimmung. Pastor Lemke, Sabrina Freuling und weitere Kirchengemeinderatsmitglieder beladen ihre Autos. Über das Wochenende fahren sie zu einer Klausurtagung nach Ratzeburg. Dort steht einiges auf dem Programm – unter anderem, wie sie die Hilfe für die Flüchtlinge vorbereiten können. Der schwarz-weiße Kater scharwenzelt zwischen ihnen umher und besteht darauf, gestreichelt zu werden. „Das ist Willi, der große Mäusefänger“, ruft ein alter Herr mit Rollator herüber. Man glaubt ihm sofort, denn Willi ist gut genährt und wirkt sehr zufrieden. Die Leute hier müssen gut zu ihm sein, sonst wäre der Kater nicht so zutraulich. Er scheint sich wohl zu fühlen in Boostedt.

Vivien Albers

IM RÜCKBLICK

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht die Reise in den Herbst 1984. Der Landtag debattierte über den Umgang mit „Gastarbeitern“ in Zeiten von Rezession und Massenarbeitslosigkeit.

Ausländerpolitik 1984: Zwischen „Familiennachzug“ und „Rückkehrbereitschaft“

Die fetten Jahre sind vorbei: Im Herbst 1984, vor 30 Jahren, liegt das deutsche Wirtschaftswunder am Boden. Statt Wachstum und Vollbeschäftigung herrschen Rezession und Arbeitslosigkeit. Und die Landespolitik in Schleswig-Holstein beschäftigt sich mit der Frage: Wohin mit den „Gastarbeitern“ des Wirtschaftsbooms? Integration oder „Rückkehrbereitschaft“?

Ein Blick zurück: Mitte der 50er Jahre setzte in Deutschland ein Wirtschaftsaufschwung ein, dessen Ausmaß deutsche Arbeitskräfte alleine nicht tragen konnten. Mit sogenannten Anwerbeabkommen beschloss die Bundesrepublik, Menschen aus wirtschaftlich ärmeren Ländern zum Arbeiten nach Deutschland zu holen. Dazu gehörten beispielsweise Italien, Spanien, Portugal und die Türkei. Zwischen 1955 und 1973 nahmen rund 14 Millionen Menschen das Angebot an, von denen elf Millionen später in ihre Heimatländer zurückkehrten.

Als Anfang der 70er Jahre eine erste Rezession in Westdeutschland einsetzte, wurden zusätzliche Arbeitskräfte nicht mehr benötigt. Was mit den verbliebenen drei Millionen Migranten geschehen sollte, wusste die Politik zu diesem Zeitpunkt nicht. Nur eines: Ihre Anzahl sollte nicht weiter steigen.

1973 wurde ein Anwerbestopp ausländischer Arbeiter beschlossen. Allerdings blieben dadurch viele Immigranten im Lande, wohlwissend, dass sie nach einem Heimaturlaub nie wieder in Deutschland hätten arbeiten dürfen. Trotzdem: Der Grundstein für die deutsche „bedarfsorientierte Integrationspolitik“ war

gelegt. Diese Politik gipfelte 1983 in dem „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“. Es sah vor, ausreisewilligen Migranten unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausreisepremie von 10.500 DM plus 1.500 DM pro Kind zu zahlen.

Zurück im Herbst 1984: Im Landtag streiten die allein regierende CDU und die SPD-Opposition über die Ausländerpolitik. „Aus einer einmaligen Anwerbung kann für die Bundesrepublik Deutschland nicht die Verpflichtung entstehen, einen Zuwanderungsprozess über Generationen hinweg hinzunehmen“, stellte der CDU-Abgeordnete Peter Aniol bei einer Landtagsdebatte im Oktober klar. Grund für die Debatte ist eine von der SPD vorgelegte „Entschließung zur Ausländerpolitik“, in der den damals 4,6 Millionen Einwanderern in Westdeutschland mehr Rechte eingeräumt werden sollten. Der SPD-Abgeordnete Rolf Selzer, von Beruf Schriftsetzer, zeichnet ein positives Bild der Einwanderer: „Sie holten das Papier, brachten die bleischweren Setzkästen und brachten uns das Frühstück.“ Seine Forderung: Die „Männer mit schwarzen Schnurrbärten und Frauen mit Kopftüchern, beide zumeist mit einer größeren Schar Kinder“, verdienten mehr



Unterschiedliche Standpunkte in der Ausländerpolitik: Rolf Selzer (SPD), Peter Aniol (CDU)

Rechte. Dazu sollen das kommunale Wahlrecht und der uneingeschränkte Nachzug von Ehegatten und minderjährigen Kindern zählen. Diese Meinung steht im harten Gegensatz zur Grundposition der Bundesregierung aus CDU und FDP, die Aniol und auch Innenminister Karl Eduard Claussen (CDU) unterstützen. Die aus Bonn vorgegebene Linie ist darauf ausgerichtet, „erstens die weitere Zuwanderung von Ausländern zu begrenzen, zweitens die Rückkehrbereitschaft zu stärken“, betont Aniol. Erst an dritter Stelle gehe es darum, „die wirtschaftliche und soziale Integration der seit vielen Jahren in der Bundesrepublik lebenden Ausländer zu verbessern und ihr Aufenthaltsrecht zu präzisieren“. Die Bundesrepublik Deutschland sei „trotz der in den zurückliegenden Jahrzehnten erfolgten Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer kein Einwanderungsland.“

Zu dieser Zeit hatten rund 7,5 Prozent der Gesamtbevölkerung und rund 3,6 Prozent der Menschen in Schleswig-Holstein einen Migrationshintergrund. In Schleswig-Holstein waren das knapp 92.500 der damals 2,6 Millionen Einwohner. Inzwischen sprechen die Fakten eine andere Sprache: In Schleswig-Holstein mit seinen heute 2,8 Millionen Einwohnern wohnen rund 363.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Das sind etwa 13 Prozent der Landesbevölkerung. Im Bundesdurchschnitt sind es sogar 19,2 Prozent. Im Jahr 2013 wurden rund 110.000 Zuwanderer in Deutschland eingebürgert, und die Statistiker verzeichneten knapp 400.000 Einwanderungen. Damit ist Deutschland heute nach den USA das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Welt.

Wiebke Kraemer

DIE SEITE FÜR DAS EHRENAMT



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Trotz Protesten: Neuer Finanzausgleich steht

Die rund 1.100 Städte, Kreise und Gemeinden in Schleswig-Holstein erhalten ihre Zuschüsse vom Land künftig nach einem neuen Verteilungsschlüssel. Der Landtag hat die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (FAG) im November nach kontroverser Debatte beschlossen.

Es geht um rund 1,5 Milliarden Euro, die das Land jedes Jahr an die Kommunen weiterleitet. SPD, Grüne und SSW stimmten in namentlicher Abstimmung für den Gesetzentwurf aus dem Innenministerium. Die Opposition war geschlossen dagegen. Allerdings droht ein Nachspiel: Die CDU-Fraktion und die Kreise Nordfriesland und Ostholstein wollen beim Landesverfassungsgericht klagen.

Einem Verfahren sehe er „völlig entspannt“ entgegen, merkte Innenminister Stefan Studt (SPD) an. Die Kommunen erhielten nun „ein leistungsfähiges und zukunftsweisendes Verteilungssystem“. Der FAG werde „von einem Labyrinth zu einem strukturierten System“. Die bisherigen Regeln des FAG stammen aus dem Jahr 1970 und enthielten auch 24 Jahre nach der deutschen Einheit noch Zuschüsse für die Zonenrandförderung.

Das neue Gesetz sieht vor, dass Belastungen der Kommunen, etwa für Sozialleistungen, Büchereien oder Schwimmbäder, stärker berücksichtigt werden. Die Folge: Ländliche Zentralorte und vor allem die großen Städte mit ihren leeren Kassen zählen zu

den Gewinnern: Kiel verzeichnet ein Plus von 8,7 Millionen Euro im Jahr, in Flensburg sind es 9,2 Millionen. Während der Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss hatte die Koalition zudem Extra-Zuschüsse für die 150 ärmsten Gemeinden verankert. „Das Geld folgt jetzt den Aufgaben und wird gerechter verteilt“, lobte Ines Strehlau (Grüne).

Demgegenüber müssen zehn der elf Landkreise zum Teil erhebliche Einbußen verkraften. Rendsburg-Eckernförde etwa soll mit zehn Millionen Euro weniger auskommen als bisher. Nord-

friesland beklagt ein Minus von 6,6 Millionen, in Stormarn sind es 9,8 Millionen. „Verlierer sind die Kreise, und das ist in einem ländlich geprägten Land äußerst problematisch“, kritisierte Heiner Garg (FDP). Der Hauptvorwurf der Opposition: Die Koalition habe nicht geprüft, ob die hohen Ausgaben der Städte wirklich notwendig seien. „Erforderlichkeit, Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit“ der kommunalen Kosten seien nicht untersucht worden, klagte Petra Nicolaisen (CDU). Die CDU will die gesamte Reform bis Ende 2017 verschieben und den

Kommunen bis dahin jährlich 36 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Dieser Vorschlag scheiterte jedoch am Veto der Koalition.

(Drucksachen 18/1659, /1714, /2399, /2451)

Das Innenministerium hat durchgerechnet, wie sich die FAG-Reform auf jede einzelne Kommune im Lande auswirkt. Das 150 Seiten starke Dokument ist auf der Website des Landtages einzusehen: www.sh-landtag.de, dann unter „Dokumente“ die Rubrik „Umdrucke“ aufrufen und die Nummer 3533 eingeben.

Tierschutz-Verbandsklage:

Tierschutzverbände wie der Deutschen Tierschutzbund oder der Verein gegen quälende Massentierhaltung „ProVieh“ können künftig gegen Tierhalter, zum Beispiel agrarische Großbetriebe, klagen. Anlass können zum Beispiel enge, unhygienische Ställe sein oder das umstrittene Abschneiden („Kupieren“) von Schweineschwänzen. Das sieht ein Gesetz der Nord-Ampel vor, das SPD, Grüne, SSW und Piraten im Dezember verabschiedet haben - gegen massive Proteste von CDU und FDP. Bisher konnten die Tierschützer nicht aus eigener Kraft einschreiten: Verstöße mussten den Behörden gemeldet werden. Tiere hätten selbst keine Stimme und bräuchten deshalb einen Fürsprecher, hieß es bei den Be-

fürwortern. Union und Liberale kritisierten, das Gesetz richte sich gegen die Landwirtschaft und werde zu einer Prozessflut führen.

(Drucksachen 18/298, /2430)

A20-Volksinitiative: Die Volksinitiative „Neue Wege für Schleswig-Holstein - A 20 endlich fertigstellen“ ist im Landtag von SPD, Grünen und SSW abgelehnt worden. Begründung: Der geforderte „absolute Vorrang“ für die A 20 würde andere Projekte wie die Rader Hochbrücke und den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals gefährden. Diese hätten aber eine „ebenso hohe Bedeutung“. CDU und FDP warfen der Nord-Ampel „fadenscheinige“ Argumente vor. Für Planung und Bau des Nord-Ostsee-Kanals sei nicht das Land, sondern die Was-

ser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zuständig. Auch der Ersatzbau der Rader Hochbrücke trete nicht in Konkurrenz zur A 20, da die Planung nicht der sonst zuständigen Landesbehörde übertragen werde.

Mit inzwischen rund 27.000 Unterschriften konnten die Autobahn-Befürworter das Quorum von 20.000 übertreffen. Die Initiatoren können nun ein Volksbegehren starten. Hierzu müssen sie innerhalb eines halben Jahres 80.000 Unterschriften zusammenbringen. Gelingt das, muss innerhalb von neun Monaten ein Volksentscheid folgen. Das Anliegen gilt als angenommen, wenn die Mehrheit der Wähler zustimmt und wenn mindestens 15 Prozent aller Wahlberechtigten dafür sind.

(Drucksachen 18/2248, /2509)

Neue Posten, neue Plätze

Zur Mitte der Wahlperiode haben sich die Fraktionen im Landtag personell neu aufgestellt. Ein Blick auf die Veränderungen im Plenarsaal

FDP:

Bei den Liberalen bleibt alles beim Alten: Fraktionschef Wolfgang Kubicki, sein Stellvertreter Christopher Vogt sowie der Parlamentarische Geschäftsführer Heiner Garg wurden Anfang November in ihren Ämtern bestätigt.

CDU:

Gut drei Wochen nach der Wahl ihres neuen Vorsitzenden Daniel Günther hat die CDU-Fraktion Ende Oktober weitere Führungsposten neu besetzt. Günthers Vorgänger Johannes Callsen ist neuer wirtschaftspolitischer Sprecher. Innenpolitischer Sprecher wurde Axel Bernstein, und Petra Nicolaisen übernimmt den neu gegründeten Arbeitskreis für Kommunalpolitik. Als Fraktionsvizes bestätigt wurden Astrid Damerow, Tobias Koch und Katja Rathje-Hoffmann. Die weiteren Fachsprecher (Astrid Damerow/Europa, Heiner Rickers/Agrar, Heike Franzen/Bildung, Tobias Koch/Finanzen und Katja Rathje-Hoffmann/Soziales) bleiben im Amt.



SPD:

Die SPD-Fraktion hat die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes Anfang November in ihren Ämtern bestätigt: Ralf Stegner bleibt Vorsitzender, er erhielt 20 Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung. Als Parlamentarische Geschäftsführerin wurde Birgit Herdejürgen wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende bleiben Serpil Midyatli und Martin Habersaat. Für die aus dem Landtag ausgeschiedene Gitta Trauernicht wurde Kirsten Eickhoff-Weber als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gewählt. Die Vorsitzenden der Arbeitskreise machen weiter: Wolfgang Baasch/Arbeit, Soziales, Kai Dolgner/Innen und Recht, Martin Habersaat/ Bildung, Sandra Redmann/ Umwelt, Olaf Schulze/Wirtschaft und Lars Winter/ Finanzen. Regina Poersch wurde zur Vorsitzenden des neu eingerichteten Europa-Arbeitskreises gewählt.

SSW:

Lars Harms wurde Anfang November einstimmig als Vorsitzender der dreiköpfigen SSW-Gruppe bestätigt. Flemming Meyer bleibt sein Stellvertreter.

GRÜNE:

Die Grünen haben zum Redaktionsschluss noch nicht gewählt.

PIRATEN:

Die Piraten haben zum Redaktionsschluss noch nicht gewählt.



Müll an den Stränden: Die Plastiktüte hängt am Pranger

Kunststoff für den Kunden: In Kaufhäusern landet die Ware gleich nach der Bezahlung in der Plastiktüte. Obst und Gemüse aus dem Supermarkt kommen per Beutel ins Haus, ebenso wie Reklame und Zeitungen. Laut Umweltbundesamt verbraucht jeder Deutsche pro Jahr 71 Plastiktüten. Die Beutel landen schnell im Abfall oder in der Natur, belasten die Umwelt und verschmutzen die Meere.

Wenige Tage vor der Entscheidung der EU, den Verbrauch von Plastiktüten bis 2025 deutlich zu verringern, diskutierte im November auch der Landtag. Koalition und Piraten regten ein Bündel von Maßnahmen gegen die Müllflut an. CDU und FDP gaben sich abwartend.

Rot, Grün und Blau verabschiedeten einen Antrag, der den Aufbau einer tütenarmen Modellregion vorsieht. Solche Initiativen gibt es bereits in Flensburg und Kiel. Hier hat die Kommunalpolitik das Ziel einer Stadt ohne Plastikmüll ausgegeben. Zudem soll die Landesregierung prüfen, ob eine Plastiktüten-Abgabe recht-

lich möglich ist. Und: Der Handel wird aufgerufen, in einer „freiwilligen Selbstverpflichtung“ auf die Tüte zu verzichten. Die Lage sei „besorgniserregend“, warnte Marlies Fritzen (Grüne): Allein in der Nordsee sammelten sich jährlich rund 20.000 Tonnen Abfall. Der größte Teil davon befindet sich auf dem Meeresboden und gefährde die Meeresbewohner. „Das beste Plastikteil ist das, das gar nicht erst produziert wird“, warb Lars Winter (SPD) für Aktionen wie „Tasche statt Tüte“ auf Föhr und Amrum. Die dort gestartete Kampagne für einen plastiktütfreien Tag mache deutlich, wie wichtig das gesellschaftliche Engagement vor Ort sei, lobte Flemming Meyer (SSW).

Auslöser der Debatte waren die Piraten, denen die Vorschläge der Koalition nicht weit genug gingen. Angelika Beer forderte einen Preis von 50 Cent pro Tasche und einen Ideen-Wettbewerb für „clevere“ Beutel und Becher. Außerdem will sie den Erdölförderzins „als Symbol“ um 0,1 Prozent erhöhen. So werde weniger Öl und damit auch weniger Plastik verbraucht.

Die CDU rief dazu auf, das Thema noch einmal mit Experten zu diskutieren. „Wir sollten nicht nur kleinteilige Lösungen für Schleswig-Holstein suchen“, sagte Heiner Rickers. Auch die FDP warnte vor voreiligen Schlüssen. Wenn Plastiktüten wegfielen, würden die Kunden womöglich auf eingeschweißte und fertig abgepackte Ware umsteigen, mahnte Oliver Kumbartzky: „Dann hat man das Problem, dass man anderen Müll hat, aber trotzdem Müll.“

Umweltminister Robert Habeck (Grüne) begrüßte lokale Initiativen wie „Fishing for Litter“, bei der schleswig-holsteinische Fischer Müll aus Nord- und Ostsee holen und an Land ordnungsgemäß entsorgen. Er regte zudem eine Änderung des Wertstoffgesetzes an. Würde es gelingen, eine Recyclingquote von 100 Prozent zu erreichen, „dann hätten wir das Problem des Mülls im Meer gleich mit gelöst“.

(Drucksachen 18/2384, /2454)

Tüten und Meer

Laut Bundesumweltministerium verbraucht jeder Europäer im Durchschnitt 198 Plastiktüten pro Jahr. In Deutschland sind es 71, in Polen und Portugal bis zu 450. In Irland, wo eine Gebühr von bis zu einem Euro pro Tüte fällig wird, sind es jedoch nur 20. Das EU-Ziel: Im Schnitt 45 Tüten pro Kopf im Jahr 2025.

In Deutschland sollen Kunststofftaschen über das duale System flächendeckend erfasst und verwertet werden. Nach Angaben von Umweltverbänden gelangen dennoch jedes Jahr 7,5 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Weltmeere. Es dauert bis zu 500 Jahre, bis sich Kunststoff vollständig zersetzt. Im Meer hat der Plastikmüll massive Auswirkungen auf Meerestiere, Strände und den Sauerstoffaustausch am Meeresgrund. Seevögel und Fische halten Plastikteile für Nahrung und verschlucken sie. Wenn sich das Plastik im Fleisch ablagert, kann es in die Nahrungskette gelangen.



Erziehung hinter Gittern: Landtag regelt den Jugendarrest

Basketball und Tischtennis hinter meterhohen Zäunen: die Jugendarrestanstalt Moltsfelde

Jedes Jahr schicken die Richter zwischen 700 und 1.000 junge Menschen in die Jugendarrestanstalt Moltsfelde bei Neumünster. Hier müssen sie bis zu vier Wochen im Arrest verbringen, wenn sie auf die schiefe Bahn geraten sind. Anlässe können Körperverletzung, Diebstahl oder Handy-Raub sein. Wie der Arrest gestaltet wird und was er erreichen soll, wird nun gesetzlich geregelt. Der Entwurf aus dem Justizministerium stieß im Landtag auf breiten Zuspruch. Lediglich die Piraten zweifelten grundsätzlich am Sinn des Arrests.

„Wir sperren junge Täter nicht sinnlos weg, sondern wir fördern deren Einsicht in ihre Taten und deren Folgen“, erklärte Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW): „Wir setzen erzieherische Impulse, und wir geben ihnen bestmögliche Hilfen, um ihnen die Richtung für einen gefestigten Lebensweg aufzuzeigen.“ Spoorendonk betonte, dass der Jugendarrest „kein kleiner Strafvollzug“ sei. Die Erziehung, etwa mittels Beratung, Sport und gemeinsamer Freizeit, stehe im Vordergrund.

Wichtig sei, dass der Arrest in eine Vielzahl von Hilfsangeboten eingebettet sei, unterstrich Barbara Ostmeier (CDU). Sie wies auf den Täter-Opfer-Ausgleich hin. Es fördere die Einsicht, die „unmittelbaren Folgen beim Opfer“ zu erleben. „Zweifelhafte werden die meisten der jungen Leute auch nach dem Arrest noch Unterstützung und Betreuung brauchen“, so Lars Harms (SSW) – zum Beispiel in Form von Nachgesprächen oder Sozialauflagen.

Der Arrest sei für viele straffällige Jugendliche „der erste Ort, wo ihrem Leben Struktur gegeben wird“, merkte Thomas Rother (SPD) an. Burkhard Peters (Grüne) und Ekkehard Klug (FDP) wiesen auf das Problem der Rückfälligkeit hin. Laut Studien hätten die Täter auch nach dem Arrest eine Rückfallquote von 60 bis 70 Prozent, so Klug. Das sei „unbefriedigend“.

Diese Zahlen nahm Patrick Breyer (Piraten) zum Anlass, den Jugendarrest grundsätzlich in Frage zu stellen. Der Arrest habe offenbar „keine positive pädagogische Wirkung“, folgerte Breyer. Andere Maßnahmen wie Sozialstunden seien viel effektiver. Und

grundsätzlich gelte: „Aufklärung und Vorbeugung schaffen Sicherheit – nicht Wegsperrern.“

Der Innen- und Rechtsausschuss hat einige von der Landesregierung geplante Strafen im Gesetz entschärft. So dürfen die Jugendlichen, anders als zuvor geplant, bei Fluchtgefahr nicht gefesselt werden. Und: Strafen wie Radio- und Fernsehverbot oder der Ausschluss von Freizeitangeboten dürfen maximal zwei Tage dauern. Ursprünglich sollte dies bis zu einer Woche möglich sein.

Die Jugendlichen sollen im Arrest ein geregeltes Leben kennenlernen, sich ordentlich und zuverlässig verhalten und Anerkennung in der Gruppe finden. Mit Gruppen- und Gesprächsräumen, PC-Raum, Bibliothek, Töpferraum, Lehrküche, Fitnessraum sowie einem großen Sportraum soll der erzieherische Ansatz realisiert werden.

Das Gesetz löst die bisherige Verordnung aus dem Jahr 1976 sowie die Vorgaben des Jugendgerichtsgesetzes des Bundes ab. Nach der ersten Föderalismusreform 2006 ist die Zuständigkeit in

die Hoheit der Länder übergegangen. Schleswig-Holstein ist das zweite Bundesland nach NRW, das diesen Bereich gesetzlich regelt. (Drucksachen 18/891, /2342)



Trotz hoher Rückfallquoten ist der Jugendarrest für Barbara Ostmeier (CDU) „ein wichtiges Mittel, wenn es weder im häuslichen Umfeld noch mit Unterstützung anderer Institutionen gelungen ist, einem Jugendlichen Wege aus der Kriminalität aufzuzeigen“. Der Arrest sei oft „die letzte Haltestelle vor der Jugendstrafe“.

Jugend im Landtag:

Sechs Nachwuchspolitiker und ihre Ziele

90 Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein übernahmen Ende November für ein Wochenende das Landeshaus. Bei der Veranstaltung „Jugend im Landtag“ diskutierten sie ihre Ideen und Anträge. In einer abschließenden Plenardebatte fassten sie Beschlüsse, die den Landtagsfraktionen, der Landesregierung sowie den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten zur Stellungnahme vorgelegt werden. Wir stellen sechs Jugendliche und ihre Anträge vor und berichten, ob sie mit ihren Ideen erfolgreich waren.



Paul Riedlinger (17), Schüler aus Flensburg, fordert: Nicht mehr als 23 Schüler pro Klasse. Zu Beginn der Sitzung sieht

er gute Chancen. Für sein Vorhaben hat er in seinem Arbeitskreis bereits viel Zustimmung bekommen. Das heißt aber nicht, dass es auch für eine Mehrheit aller jugendlichen Abgeordneten in der Plenarsitzung reichen wird. Außerdem hat er Konkurrenz von einer Mitstreiterin, die sich eine Klassengröße von höchstens 28 Schülern wünscht. „Das ist definitiv zu viel“, sagt Paul. Er selbst sitzt in einer Klasse mit 28 Schülern und spricht aus Erfahrung. „Es ist immer laut bei uns und keiner kann sich konzentrieren.“ Deswegen lehnt er die aktuelle Höchstgrenze von 31 Schülern entschieden ab. Gerade jetzt, wo immer mehr Klassen zu Inklusions-Klassen werden, sei es wichtig, in kleineren Gruppen zu lernen, so Paul. Die Schüler würden sich deutlich wohler fühlen und könnten sich besser beteiligen. Das wiederum würde es den Lehrern einfacher machen, die Kinder und Jugendlichen zu benoten. Denn eine faire Benotung sei bei mehr als 20 Schülern pro Klasse unmöglich, heißt es in Pauls Antrag.

Antrag beschlossen

Jugend im Landtag geht sogar noch weiter: Das Jugendparlament fordert den Landtag auf, zum Schuljahresbeginn die Klassengröße auf maximal 20 Schüler zu beschränken.



Valeri Heinrich (19), Schüler aus Altenholz, bringt einen ungewöhnlichen Antrag bei Jugend im Landtag ein: Weniger Kindergeld für Eltern mit hohem

Einkommen. Wer viel verdient, soll pro Kind nur noch symbolisch zehn Euro erhalten. Für sozial schwächere Familien soll es dagegen viel mehr Geld geben. „Damit könnte man die Chancengleichheit deutlich erhöhen“, findet Valeri. „Und das ist doch eines der grundlegenden Elemente der deutschen Verfassung.“ Die Frage, wo die Grenze beim Einkommen gezogen werden müsste, ist für den Jugendlichen schwer zu beantworten. Konkrete Zahlen, welche Familien wie viel Geld verdienen, sind schwierig herauszufinden. Auch die Anzahl der Kinder müsste mit einbezogen und die Zahlen dann gegeneinander abgewogen werden. „Aber wenn ich eine pauschale Grenze setzen müsste, dann wäre das bei circa 50.000 Euro brutto im Monat.“ Familien, die so viel verdienen, seien auf die zusätzlichen 184 Euro (bei bis zu zwei Kindern) nicht angewiesen, glaubt Valeri.

Ob das erhöhte Kindergeld direkt an die Eltern mit schwachem Einkommen ausgezahlt oder beispielsweise in kostenlose Freizeitangebote gesteckt werden sollte, ist für Valeri auch noch offen.

Valeris Antrag stieß im Arbeitskreis auf großes Interesse. Auf die Fragen konnten die Teilnehmer aber noch keine Antworten finden. Deswegen haben sie sich darauf geeinigt, den Antrag vorerst zurückzustellen.



Antrag auf Nichtbefassung

Wie der Arbeitskreis empfohlen hatte, entscheidet das Jugendparlament, sich vorerst nicht mit dem Antrag zu befassen.



Justus Hahn (14) geht in Kiel zur Schule, und es stört ihn schon länger, dass dort kein vernünftiger Sportunterricht möglich ist. In sei-

ner Klasse sind 29 Kinder – zu viele, als dass alle in der kleinen Turnhalle beim Sport mitmachen könnten. Häufig würden die Lehrer auf Spiele wie Hockey oder Kastenfußball ausweichen, erzählt Justus. Aber selbst dabei müssten sich die Schüler abwechseln und die Hälfte der Zeit auf der Bank sitzen. Er hält den Sportunterricht für wichtig: „Wenn man während eines langen Schultages eine Stunde Sport hat, ist das sehr entlastend.“

Deswegen fordert der Schüler, mehr Geld auszugeben, um Turnhallen und Sportplätze auszubauen und instand zu halten. In seinem Arbeitskreis ist er auf viel Zustimmung gestoßen. Von anderen Teilnehmern hat Justus erfahren, dass die Situation an ihren Schulen dieselbe ist. Gemeinsam haben sie sich im Arbeitskreis darauf geeinigt, noch weiter zu gehen und den Antrag umzuformulieren: Nicht nur die Turnhallen der Schulen sollen gefördert werden, sondern auch öffentliche Sportstätten, die von Schulen genutzt werden.

Antrag beschlossen

Die jugendlichen Delegierten sind mit dem Arbeitskreis einer Meinung und fordern den Schleswig-Holsteinischen Landtag auf, mehr Geld in die Schulsportanlagen und öffentliche Sportstätten zu investieren. Damit greifen die Jugendlichen ein aktuelles Thema auf: Die Koalition hat im Haushalt für 2015 zwei Millionen Euro zum Erhalt von Sportstätten und Schwimmbädern bereitgestellt. Zu wenig, sagt die Opposition. Die CDU hatte vier Millionen gefordert.



Jenny Maj (16), Schülerin aus Brunsbüttel, möchte Klassenräume abschaffen und stattdessen Lehrer-räume einrichten. Das heißt konkret: Der Lehrer bleibt den ganzen Tag im selben Raum. Dort empfängt er nacheinander seine Klassen. Das hätte Jennys Meinung nach viele Vorteile. Die Räume wären in einem besseren Zustand, Geräte wie Projektoren und White Boards wären in guten Händen, und die Lehrer könnten sich besser auf den Unterricht vorbereiten. Jenny hat selbst schon erlebt, wie nachlässig viele Dinge im Klassenzimmer behandelt werden. „Wir hatten ein Sofa, da wurde mit den Kissen herumgeworfen, Schüler haben Zeigestöcke, Lineale und Geodreiecke kaputt gemacht, keiner hat die Pflanzen gegossen.“ Sie verspricht sich eine schönere Atmosphäre in den Räumen und dass der Unterricht zügiger beginnen kann.

Nach der Besprechung im Arbeitskreis hat Jenny ihren Antrag aber zurückgezogen. Die anderen Jugendlichen haben ihr empfohlen, die Idee mit in die Schulkonferenz zu nehmen. Denn darüber, ob die Klassen- zu Lehrerräumen werden sollen, können die Schulen selbst entscheiden.



Antrag zurückgezogen

Jenny schlägt ihre Idee in der nächsten Schulkonferenz vor. Sie hofft, damit Erfolg zu haben, da die Lehrer, mit denen sie vorab gesprochen hat, von dem Vorschlag begeistert waren.



Robin Hodgson (17), Schüler aus Brunsbüttel, bringt ein Thema bei Jugend im Landtag ein, das seit Jahrzehnten immer wieder in Deutschland diskutiert wird: Schuluniformen. Für Robin

ist es ein Unding, dass Kinder und Jugendliche von ihren Mitschülern danach bewertet werden, welche Kleidung sie tragen. „Man kann Kinder doch nicht danach beurteilen, was die Eltern erreicht haben und wie viel Geld sie haben – das kann doch nicht sein.“ Dass Kinder sich gegenseitig auf dem Schulhof anhand ihrer Kleidung einordnen, passiert automatisch, sagt Robin. Auch, ob man bestimmte Marken kenne oder trage, sei immer wieder Thema. Den Kindern, die da nicht mithalten können, würde man mit einer Schuluniform entgegenkommen, findet Robin. Optimistisch, dass er mit dem Antrag Erfolg hat, ist er aber nicht. Mit nur einem Befürworter war er in seinem Arbeitskreis ziemlich allein auf weiter Flur. Robin weiß, woran das liegt. Auch er trägt lieber eigene Sachen, die seinem Geschmack entsprechen. „Aber was ist wichtiger – dass ich meine eigenen Interessen voranbringe, oder dass ich damit Leuten helfe und dadurch alle einen schöneren Schulalltag haben?“ Außerdem, ergänzt der Schüler, müsse eine Uniform ja nicht zwingend hässlich sein. Innerhalb der Schule könne man sie schließlich selber designen.



Antrag abgelehnt

Wie vom Arbeitskreis empfohlen, lehnten die Jugendlichen den Antrag ab. Zu Robins Überraschung aber ganz knapp, mit nur einer Stimme Mehrheit.

Wo (junge) Politiker sind, darf auch die Presse nicht fehlen: Einige Teilnehmer von Jugend im Landtag arbeiteten während der Veranstaltung im Presseteam. Die Nachwuchs-Journalisten produzierten mit der Unterstützung des Offenen Kanals Kiel einen Fernsehbericht und gestalteten drei Radiosendungen, die live aus dem Landeshaus gesendet wurden. Der TV-Beitrag ist auf der Website www.sh-landtag.de unter „Jugend im Landtag“ zu sehen.



Antrag angenommen

Das Plenum beschließt Max' Antrag und fordert die Schleswig-Holsteinische Landesregierung auf, die Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV im Lande zu prüfen.

Der „echte“ Landtag hat sich auch schon mal mit dem fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) befasst. Dass der bald eingeführt werden soll, fordert **Max Reichenheim** (17) aus Flensburg. Der Jugendliche macht ein Freiwilliges Ökologisches Jahr beim Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) und beschäftigt sich dort viel mit dem Thema Mobilität. „Mir ist aufgefallen, wie wichtig es ist, mobil zu sein und möglichst einfach von einem Ort zum anderen zu kommen“, erzählt Max. Er empfindet die Fahrkartenautomaten mit den vielen unterschiedlichen Tarifen als große Hürde. Die anderen Teilnehmer seines Arbeitskreises sehen das ähnlich und haben sich dafür ausgesprochen, dem Antrag zuzustimmen. Eine Idee, wie man den fahrscheinlosen ÖPNV umsetzen könnte, hat Max auch schon: Mit einer Chipkarte könnte man sich vor und nach der Fahrt ein-beziehungsweise ausloggen. Am Ende des Monats würden dann automatisch alle Fahrten mit dem günstigsten Tarif abgebucht werden. Max glaubt, dass bei einem so einfachen System mehr Leute den ÖPNV nutzen und das Auto öfter stehen lassen würden. Noch lieber wäre ihm ein kostenloser ÖPNV, das erscheint ihm aber unrealistisch.



Keine Kürzung für deutsche Minderheit

Der Bund unterstützt die deutsche Minderheit in Nordschleswig im kommenden Jahr voraussichtlich in gleicher Höhe wie bisher. Hierüber herrschte Mitte November Freude im Nordschleswig-Gremium des Landtages.

Im ursprünglichen Entwurf zum Bundeshaushalt 2015 hatte das Bundesinnenministerium eine Kürzung um 350.000 Euro vorgesehen. Hiergegen hatte sich im Grenzraum breiter Protest geregigt. Auch Landtagspräsident Klaus Schlie als Vorsitzender des Nordschleswig-Gremiums hatte in einem Schreiben an Bundesinnenminister Thomas de Maizière „Verantwortung für das Wohl unserer Minderheiten“ angemahnt.

Kur vor der endgültigen Beschlussfassung hat der Haushaltsausschuss des Bundestages die Kürzungspläne einkassiert. Der Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN) soll demnach auch 2015 rund 9,3 Millionen Euro aus Berlin erhalten. Mit dem Geld finanziert die Minderheit vor allem die Bezüge von rund 400 Beschäftigten, etwa an Schulen und Kindergärten.

Das „Gremium für Fragen der deutschen Minderheit in Nordschleswig“ regt zudem an, zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung von 1920 einen deutsch-dänischen Regierungsgipfel im Grenzland auszurichten. Der BDN-Vorsitzende Hinrich Jürgensen schlug vor, bei diesem Treffen die Themen Infrastruktur, gemeinsamer Arbeitsmarkt und Jugendaustausch zu behandeln. 1920 wurde die heutige Grenze zwischen Deutschland und Dänemark per Volksentscheid festgelegt.

Im Nordschleswig-Gremium kommen Vertreter des Landtages und des Bundestages zweimal im Jahr mit Repräsentanten der deutschen Volksgruppe zusammen.



Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen

Nachgehakt



Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus? In dieser Serie zeigen wir Beispiele.

Katzen-Elend:

Aus der Landtagsdebatte vom November 2013 geht heute das „Pilotprojekt gegen Katzen-Elend“ hervor, das in drei Aktionszeiträumen (15. Oktober bis 14. November 2014, 15. Februar bis 31. März 2015 und 1. bis 30. September 2015) Katzenhalter bei der Kastration ihrer Tiere finanziell unterstützt. Dem Projekt steht ein Fonds mit rund 150.000 Euro zur Verfügung, der gemeinsam durch das Umweltministerium, Tierschutzverbände, Stiftungen und private Spenden bestückt wird. Außerdem haben die Kommunen jetzt die Möglichkeit, Gebiete festzulegen, in denen nicht kastrierte Hauskatzen nicht nach draußen dürfen. Zudem kann vorgeschrieben werden, dass Hauskatzen, die freien Auslauf haben, gekennzeichnet und registriert werden.

Rund 75.000 wild lebende Katzen streifen derzeit durch Schleswig-Holstein, gefährden heimische Tierarten und verbreiten Krankheiten. Um dieser „Plage“ Herr zu werden, wollten die Piraten ursprünglich eine halbe Million Euro im Landeshaushalt für ein Kastrationsprogramm reservieren. Im November 2014 forderten sie zudem, die Jagd auf wildelebende Katzen zu verbieten. Im Jagdjahr 2013/14 hätten die Waidmänner mehr als 4.000 Katzen zur Strecke gebracht. In Zukunft sei dies aber überflüssig, wenn das Kastrationsprogramm greife. Beide Piraten-Anträge scheiterten jedoch im Landtag.

Reformationstag 2017:

Im Juni 2013 hatte sich der Landtag einvernehmlich dafür ausgesprochen, den Reformationstag im Jahr 2017 einmalig zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, „um die historische Bedeutung dieses Jubiläums für die evangelisch-lutherische Kirche in angemessener Weise zu würdigen“. Nun hat die Landesregierung die entsprechende Verordnung erlassen.

An diesem 31. Oktober 2017, einem Dienstag, jährt sich der „Thesenanschlag“ von Wittenberg zum 500. Mal. Der Überlieferung nach soll der Reformator Martin Luther am 31. Oktober 1517 seine 95 Thesen gegen den Ablasshandel an die Tür der Schlosskirche in Wittenberg (Sachsen-Anhalt) geschlagen haben. Das Ereignis gilt als Beginn der Kirchen-Reformation.

Der Reformationstag ist in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen alljährlich gesetzlicher Feiertag. Zum 500. Jahrestag ist es in allen anderen Bundesländern im Gespräch, den Tag einmalig für schul- und arbeitsfrei zu erklären.

Gemeinsames Gedenken an 1864

150 Jahre nach dem deutsch-dänischen Krieg von 1864 ist es für Deutsche und Dänen „selbstverständlich, nicht aufeinander schießen zu müssen, sich nicht für ihre Identität rechtfertigen zu müssen oder für ihr Bekenntnis Nachteile in Kauf nehmen zu müssen“. Darauf hat Landtagspräsident Klaus Schlie Ende November in Kopenhagen hingewiesen. Schlie hielt in Schloss Christiansborg eine Ansprache vor Abgeordneten des dänischen Folketings und Vertretern der beiden Minderheiten im Grenzland. Anlass war die Ausstellung „Feindschaft und Versöhnung – das deutsch-dänische Grenzland 1864–2014“. Die Wanderausstellung war im Frühjahr auch im Landeshaus zu sehen. Das gemeinsame Gedenken an den Waffengang von 1864 zeige das bemerkenswert gute Verhältnis der beiden Staaten, betonte Schlie.

Olympia 2024 im Norden?

Bürger entscheiden mit

Sollte Deutschland den Zuschlag für die Olympischen Sommerspiele 2024 oder 2028 bekommen, dann will Schleswig-Holstein zu den Gastgebern gehören – wenn die Bürger mitziehen. Das wurde Ende Oktober im Innen- und Rechtsausschuss erneut deutlich.

Der Landtag hatte sich bereits im Juli hinter die Olympiabewerbung Hamburgs gestellt. Die Hansestadt konkurriert mit Berlin um die Rolle des deutschen Kandidaten. Im Dezember hat der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) grundsätzlich beschlossen, dass Deutschland ins Rennen um die olympischen und paralympischen Wettbewerbe einsteigt. Am 21. März 2015 soll dann feststehen, welche der beiden Städte es mit Konkurrenten wie Los Angeles, San Francisco oder Washington aufnimmt.

Er setze auf „nordische Spiele“, betonte Innenminister Stefan Studt (SPD) im Ausschuss. Wettbewerbe im Reiten, Golf oder Handball könne Schleswig-Holstein bereits jetzt ohne größeren Aufwand stemmen. Knackpunkt sei das Segeln. Zwar würden nur rund 380 Sportler erwartet – ein Bruchteil der Teilnehmerzahl, die alljährlich zur Kieler und zur Travemünder Woche ansteht. Aber:

Für Hafenanlagen und Unterkünfte seien „Investitionen nötig“. Deshalb will Studt die Bürger von Anfang an beteiligen.

Bei einem Zuschlag für ihre Stadt sollen die Hamburger bereits im Frühjahr oder Sommer 2015 grundsätzlich entscheiden, ob sie Olympia wollen. Sagt Hamburg Ja, stünde kurz danach auch fest, wo gesegelt wird. Dann wären die Schleswig-Holsteiner in den möglichen Standorten gefragt. Kiel und Lübeck machen sich Hoffnung auf die Segelwettbewerbe. Aber auch Cuxhaven und Warnemünde gehen an den Start. Kiel und Flensburg haben bereits jetzt große Handball-Hallen, auf Gut Kaden bei Alveslohe (Kreis Segeberg) ist ein Weltklasse-Golfplatz.

Es sei entscheidend, die „kritische Öffentlichkeit“ frühzeitig einzubinden, um ein „zweites München“ zu verhindern. Das unterstrich die sportpolitische Sprecherin der CDU, Barbara Ostmeier. In der bayerischen Landeshaupt-



Zuletzt war Schleswig-Holstein im Jahr 1972 Olympia-Gastgeber. Als Partner von München richtete Kiel die Segelwettbewerbe aus. Auf dem Rathausplatz loderte das olympische Feuer.

stadt war die Bewerbung um die Winterspiele 2022 vor einem Jahr in einem Bürgerentscheid durchgefallen. Die Gegner hatten vor allem die hohen Kosten und mögliche Schäden für die Umwelt angeprangert. Vor diesem Hintergrund rief Minister Studt das Internationale Olympische Komitee zu Nachhaltigkeit und zur „Abkehr

vom Gigantismus“ auf.

Neu ist: Auch wenn Berlin das Rennen macht, will Schleswig-Holstein die olympischen Segler ins Land holen. Sein Ministerium habe dem Berliner Senat ein entsprechendes Schreiben geschickt, berichtete Studt.

Online-„Petitionen“ gehen oft am Parlament vorbei

Ob es um einen Zebrastrifen am Kindergarten geht oder um eine Beschwerde gegen Fluglärm: Wer ein Anliegen hat und Unterstützer sucht, der trifft bei einer Online-Petition im Internet schnell auf Gleichgesinnte. Aber: Die Parlamente werden auf diesem Wege oft nicht erreicht.

Darauf haben die Vorsitzenden der Petitionsausschüsse aus dem Bundestag und den deutschen Landtagen bei ihrem Treffen in Bremen Ende September hingewiesen. „Nicht überall, wo das Wort ‚Petition‘ draufsteht, ist auch wirklich das drin, was

der Bürger erwartet“, erläutert der Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Ausschusses, Uli König. Internet-Plattformen wie openPetition.de oder change.org können zwar in kurzer Zeit Tausende von Unterschriften zusammenbringen. Die Abgeordneten, die den direkten Draht zu Regierung und Verwaltung haben, erfahren davon häufig nichts. Sie können aber nur im Sinne der Bürger aktiv werden, wenn sie auch davon wissen.

Bei dem Treffen wurde auch kritisiert, dass die privaten Plattformen den Begriff „Petition“ für

sich beanspruchen – zugleich aber die Nutzer im Unklaren lassen, dass es gar nicht um eine „echte“ Petition geht, wie sie das Grundgesetz beschreibt. Dort heißt es in Artikel 17 unter der Überschrift „Petitionsrecht“: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“

Die Vertreter von Bund und Ländern raten Bürgern mit einem Anliegen, den klassischen Weg über die Parlamente einzuschlagen. Hier werden alle Eingaben

gleichrangig bearbeitet, wie der Kieler Ausschussvorsitzende König betont. Bei der Frage, ob eine Petition behandelt wird, mache es keinen Unterschied, ob 20.000 Bürger oder nur ein einziger das Anliegen unterstützen. Die Abgeordneten nehmen jeden Fall unter die Lupe, sprechen mit den betroffenen Behörden und formulieren eine Antwort an den Petenten, unterstreicht König. Und: Auch Bürger, die nicht im weltweiten Netz unterwegs sind, finden Gehör. Die meisten Eingaben beim Kieler Petitionsausschuss treffen nach wie vor in schriftlicher Form ein.

Der Land-Tag in LEICHTER SPRACHE

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.



Die Hefte vom Land-Tag gibt es bald auch in Leichter Sprache

ERKLÄRUNG:

Im **Land-Tag** werden Gesetze gemacht. Für Schleswig-Holstein. Gesetze sind Regeln, die für alle gelten. Die Menschen im Land-Tag heißen Abgeordnete. Sie werden alle fünf Jahre neu gewählt.

In einem **Ausschuss** kümmern sich elf Abgeordnete um eine Sache. Zum Beispiel die Bildung oder die Umwelt. Hier besprechen sie neue Gesetze. Im Landtag gibt es acht Ausschüsse.

Die **Bürger-Beauftragte** hilft, wenn Menschen Probleme haben. Zum Beispiel mit ihrer Kranken-Versicherung oder der Arbeits-Agentur. Die Bürgerbeauftragte heißt Samiah El Samadoni.

Mehr Leichte Sprache im neuen Jahr

Im neuen Jahr will der **Land-Tag** mehr Leichte Sprache benutzen. Das haben die Abgeordneten im Dezember beschlossen.

Hefte vom Land-Tag erklären, wie die Abgeordneten arbeiten. Diese Hefte heißen Broschüren. Bis jetzt gibt es diese Hefte nur in Schwerer Sprache.

Nun will der Land-Tag auch in Leichter Sprache erklären, was die Abgeordneten machen. Zum Beispiel wie sie ein Gesetz beschließen. Oder wie sie prüfen, was die Landes-Regierung macht.

Andere Hefte beschreiben, wie Gäste den Landtag besuchen können. Oder wie die **Ausschüsse** arbeiten. Oder wo die **Bürger-Beauftragte** hilft.

Auch Menschen mit Hör-Problemen sollen besser verstehen, was im Land-Tag passiert.

Der Land-Tag will einen Film machen. Der Film ist für Leute, die schlecht hören können. Ein Helfer erklärt mit seinen Händen, was im Film gesagt wird. Dieser Film kommt dann ins Internet.

Auch Menschen mit Seh-Problemen bekommen Hilfe. Für sie kommt ein neues Programm in das Internet vom Land-Tag. Das Programm liest vor, was im Internet steht.

Auch Druck-Sachen vom Land-Tag gibt es jetzt in Leichter Sprache. In einer Druck-Sache steht eine Idee für ein Gesetz. Oder ein Auftrag an die Landes-Regierung.

Nicht alle Druck-Sachen können in Leichter Sprache sein. Aber die Abgeordneten wollen mehr Leichte Sprache schreiben.



LS auf einer Druck-Sache heißt: Leichte Sprache

Bürgerpreis 2014:

Für Vielfalt in der Gesellschaft

Sie haben sich für Toleranz und ein friedliches Miteinander stark gemacht: die Gewinner des Deutschen Bürgerpreises für Schleswig-Holstein. Anfang November wurden in der Sparkassenakademie in Kiel-Mettenhof das Flüchtlings-Projekt „alleineinboot“ aus Bad Segeberg und die Initiative „Glinde gegen rechts“ ausgezeichnet. Egon Mordhorst aus Kiel erhielt den Preis für sein Lebenswerk. Er berät seit Jahren homo- und transsexuelle Menschen.



Egon Mordhorst (re.) bekam die Auszeichnung in der Kategorie „Lebenswerk“. Seit 1985 engagiert er sich im Verein HAKI für lesbisch-schwule Emanzipationsarbeit. Er berät homo- und transsexuelle Menschen und deren Angehörige, etwa in einer Telefonsprechstunde. Seit zwei Jahren setzt er sich vermehrt für die Interessen älterer Homosexueller ein. Der Sozialausschussvorsitzende Peter Eichstädt und Bettina Freitag vom NDR spendeten Applaus.



Die Initiative „alleineinboot“ aus Bad Segeberg gewann den Preis in der Kategorie U 21, in der Projekte junger Menschen zwischen 14 und 21 Jahren prämiert werden. Svenja Polonji und Janny Lücker nahmen für alle Beteiligten die Gratulation von Landtagspräsident Schlie entgegen. „Alleineinboot“ setzt sich dafür ein, dass sich Flüchtlinge und Einheimische näher kommen. Die Initiative hat zum Beispiel eine Foto-Ausstellung und eine Lesung organisiert, Kleider gesammelt und regelmäßige Treffen zwischen Asylbewerbern und Bürgern veranstaltet.

„Vielfalt fördern – Gemeinschaft leben“ lautete in diesem Jahr das Motto des Bürgerpreises. Insgesamt 96 Bewerbungen gingen bei der Jury ein, die vom Sozialausschussvorsitzenden Peter Eichstädt geleitet wurde. Die Juroren wählten zehn Kandidaten für den Endauscheid aus. Die drei Sieger erhalten ein Preisgeld von 3.000 Euro, die weiteren Nominierten können sich über 500 Euro freuen.

Symbolisch hätten aber alle, die sich für ihre Mitmenschen engagieren, an diesem Abend auf der Bühne gestanden, wie Landtagspräsident Klaus Schlie vor rund 100 Gästen betonte: „Ohne Ehrenamt wäre Schleswig-Holstein eine gesellschaftliche Wüste. Gerade unser Bundesland zeichnet aber der große gesellschaftliche Zusammenhalt aus.“ Der Ausschussvorsitzende Eichstädt lobte den Bürgerpreis als „eine der besten Gelegenheiten, sich bei denen zu bedanken, die sich mit großem

Einsatz selbstlos für andere einsetzen.“

Der Sparkassen- und Giroverband hat den mit insgesamt 33.000 Euro dotierten Bürgerpreis bereits zum elften Mal in Kooperation mit dem Landtag vergeben. NDR 1 Welle Nord und das Schleswig-Holstein Magazin begleiteten die Auszeichnung als Medienpartner. Nach der regionalen folgt die nationale Prämierung. „Glinde gegen rechts“ und „alleineinboot“ haben Anfang Dezember am Bundeswettbewerb in Berlin teilgenommen.

Aktuell:

Beim Bundeswettbewerb hat „alleineinboot“ den ersten Platz in der U21-Kategorie belegt. Der Lohn: 5.000 Euro. „Glinde gegen rechts“ erreichte Platz zwei bei den „Alltagshelden“ und kann sich über 2.500 Euro freuen.



Die Bürgerinitiative „Glinde gegen rechts“ erhielt den Preis in der Kategorie „Alltagshelden“. Sie gründete sich, nachdem 2011 in Glinde (Kreis Stormarn) ein bei Neonazis beliebter Kleidungsladen der Marke Thor Steinar eröffnet hatte. Mit Demonstrationen, inzwischen rund 1.000 Mahnwachen vor dem Laden, Lesungen und Diskussionsveranstaltungen setzt sich die Initiative gegen Nazis und Fremdenfeindlichkeit ein. Sonja Aderholz und Hans-Jürgen Preuss freuten sich über die Auszeichnung.

Die Gäste der Gedenkstunde und viele Ratzeburger zogen in einem Lichtergang zum Dom.



25 Jahre Mauerfall:

Gedenken und Appelle in Ratzeburg

Am 9. November, 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, hat der Landtag des Wendeherbstes 1989 gedacht. Zur Gedenkveranstaltung versammelten sich 230 Gäste aus Politik, öffentlichen Institutionen, Verbänden und Kirchen in Ratzeburg, nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Die Redner erinnerten an die historischen Tage, richteten den Blick aber auch nach vorne.

Im großen Saal der Jugendherberge Ratzeburg gestand Landtagspräsident Klaus Schlie, dass er die Nachricht, die Grenze werde geöffnet, zunächst für einen Trick der damaligen SED-Führung gehalten habe. Der 9. November 1989 habe alle Deutschen verändert, die Ostdeutschen ebenso wie die Westdeutschen, betonte Schlie.

Die Bischöfin der Nordkirche, Kirsten Fehrs, gedachte insbesondere der Gewaltfreiheit der Revolution. Sie hob aber auch die

Verantwortung hervor, die für die heutige Zeit erwache: „Die innere Mauer der Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden dürfen wir ebenso wenig dulden wie die Mauer, die unser Land 28 Jahre lang getrennt hat.“

Die Festrede hielt der Historiker und Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe. Er rief das Unrecht in Erinnerung, das in der SED-Diktatur herrschte und warnte eindringlich davor, nachlässig mit der Vergangenheit umzugehen: „Unsere Geschichte ist das einzige Lehrbuch, das man hat“. Aus diesem Grund müssten die Zeugnisse der Diktatur sichtbar bleiben, um nachfolgenden Generationen einen Eindruck des Unrechtsregimes

zu vermitteln. Die Unwissenheit von Schülern über die DDR sei erschreckend. Daher forderte Knabe unter Beifall: „Wir müssen den Zeitzeugen mehr Raum geben und für einen vernünftigen Geschichtsunterricht an den Schulen sorgen.“

Nach der Feierstunde entzündeten die Gäste vor der Jugendherberge Kerzen für einen Lichtergang zum Ratzeburger Dom. Dort feierten mehrere hundert Menschen gemeinsam eine ökumenische Andacht, geleitet vom Diözesanadministrator des Erzbistums Hamburg, Ansgar Thim, und Bischöfin Fehrs. Anschließend fanden sich die Besucher zu einem geselligen Ausklang im Vorhof des Kreismuseums ein.



Das Modell der Bundespolizei, das den Grenzverlauf der ehemaligen innerdeutschen Grenze im Kreis Herzogtum Lauenburg zeigt, stieß auf reges Interesse.



Hubertus Knabe beklagte, dass Schüler zu wenig über die DDR wissen, und forderte einen offeneren Umgang mit der jüngeren deutschen Vergangenheit.

„Historische Landeskunde“ ist jetzt auf dem Markt

Rund 250 Gäste kamen Mitte November in den Plenarsaal, als die neue historische Landeskunde „Schleswig-Holstein von 1800 bis heute“ der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Herausgeber, Landtagsdirektor Prof. Utz Schliesky und Prof. Uwe Danker vom Institut für Zeit- und Regionalgeschichte der Uni Flensburg, gaben Einblicke in das Werk. Dazu sang der Kieler Gitarrist Pete the Beat historische Lieder (s. Foto). Die Landeskunde enthalte „keine mit Daten und Fakten überlagerten Texte“, lobte Landtagspräsident Klaus Schlie in seiner Begrüßung. Vielmehr biete das Buch eine spannende und anschauliche Übersicht über den Weg Schleswig-Holsteins vom Feudalismus zur Demokratie.



Viele Zuschauer sahen das auch so: Die ersten 100 Exemplare fanden schnell einen Käufer.

Die Landeskunde ist im Husum-Verlag erschienen und auch bei der Stelle des Landesbeauftragten für

politische Bildung zu bekommen. Sie kostet 19,95 Euro (broschierte Ausgabe) beziehungsweise 24,95 Euro (gebundene Ausgabe).

Tel.: 0431 / 988-1646
per E-Mail lpb@landtag.ltsh.de

Podiumsdiskussion

zum Fall Heinz Reinefarth

Anlässlich des 70. Jahrestages des Warschauer Aufstandes hat der Landtag im Juli in einer Resolution insbesondere die Gräueltaten seines ehemaligen Abgeordneten Heinz Reinefarth bei der Niederschlagung des Aufstands verurteilt. Zur öffentlichen Aufarbeitung der Taten und nicht zuletzt zur lange Zeit unbehelligten Nachkriegskarriere Reinefarths soll eine international besetzte Podiumsdiskussion beitragen, die am Dienstag, den 20. Januar, um 19:00 Uhr im Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses beginnt.

In seinem Eingangsvortrag wird der Schweizer Historiker Philipp Marti die Laufbahn Reinefarths skizzieren, der als einziger SS-Führer im Generalsrang nach dem Zweiten Weltkrieg Mitglied eines deutschen Landesparlaments werden konnte. In der anschließenden Diskussion soll insbesondere die Frage beleuchtet werden, welche Bedeutung die Erforschung und Aufarbeitung der NS-Verbrechen und der NS-Kontinuitäten nach 1945 im nationalen und internationalen Kontext haben. Darüber diskutieren unter anderem der polnische Journalist



Heinz Reinefarth

Bartosz Wieliński, Landtagspräsident Klaus Schlie und Prof. Uwe Danker vom Institut für Zeit- und Regionalgeschichte an der Europa-Universität Flensburg.

Zum Hintergrund: Nachdem sich die Polnische Heimatarmee am 1. August 1944 gegen die deutschen Besatzer erhoben hatte, wurde ihr Aufstand bis Anfang Oktober von Wehrmachts-, SS- und Polizei-Einheiten niedergeschlagen. NSDAP-Mitglied und SS-Gruppenführer Reinefarth war Befehlshaber von zwölf Polizei-Kompanien, die für zahlreiche Verbrechen gegen die Zivilbevölke-

rung verantwortlich gemacht werden. Insgesamt kamen 150.000 Bewohner Warschaus während des Aufstands ums Leben.

Nach dem Krieg liefen mehrere Ermittlungsverfahren gegen Reinefarth, und die polnische Regierung forderte seine Auslieferung, doch der in Gnesen (heute Gniezno) geborene Rechtsanwalt blieb unbehelligt. In Schleswig-Holstein machte Reinefarth Karriere. Er wurde 1951 Bürgermeister von Westerland auf Sylt und saß von 1958 bis 1962 für den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) im Landtag. Nachdem die Öffentlichkeit auf seinen Fall aufmerksam wurde, zog sich Reinefarth Mitte der 1960er Jahre aus der Politik zurück. Er lebte bis zu seinem Tod 1979 in Westerland.

**Bitte melden Sie sich bei der Stelle des Landesbeauftragten für politische Bildung an.
E-Mail: lpb@landtag.ltsh.de
Tel.: 0431/988-1644**

Holocaust-Gedenktag am 27. Januar in Elmshorn

Zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus lädt der Landtag am Dienstag, den 27. Januar, nach Elmshorn. Die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz jährt sich an diesem Tag zum 70. Mal. Der 27. Januar ist seit 1996 bundesweiter Gedenktag.

Die in Wien lebende Autorin Suzanne-Lucienne Rabinovici wird als Zeitzeugin von ihren Erfahrungen im Ghetto Wilna und mehreren Konzentrationslagern berichten. Die 82-Jährige hat unter anderem mit ihrem 1994 erschienenen Buch „Dank meiner Mutter“ ein eindrucksvolles Zeugnis über die Verfolgung der Juden in der NS-Zeit abgelegt.

Der Weihbischof im Erzbistum Hamburg, Hans-Jochen Jaschke, und Landesrabbiner Dov-Levy Barsilay, werden ein gemeinsames Gebet sprechen. Die Gedenkreden halten Landtagspräsident Klaus Schlie und der Elmshorner Bürgervorsteher Karl Holbach. Das Rahmenprogramm gestalten Schüler aus fünf Elmshorner Schulen mit szenischen Darstellungen und Liedern.

Die Gedenkveranstaltung beginnt um 18:00 Uhr im Saalbau am Adenauerdamm 2. Gäste sind herzlich willkommen.

**Um Anmeldung wird gebeten:
E-Mail: anmeldung@landtag.ltsh.de
Fax: 0431/988-1119**

MELDUNGEN

Landtag will wahlmüde Bürger wecken



46,7 Prozent der Berechtigten gaben bei der Kommunalwahl 2013 ihre Stimme ab, bei der Europawahl 2014 sogar nur 43,3 Prozent. Um gegenzusteuern und wieder mehr Wähler an die Urnen zu locken, legen die Fraktionen nun praktische Vorschläge auf den Tisch. Ein Antrag der Koalition und der CDU sowie ein Papier der Piraten liegen vor.

So sollen Wahlunterlagen auch in den wichtigsten Migrantensprachen herausgegeben und das Design von Wahlbenachrichtigungen übersichtlicher werden. Wahllokale sollen deutlicher erkennbar sein und möglicherweise auch am Montag öffnen. Außerdem wollen die Fraktionen prüfen, ob mobile Wahllokale eingerichtet werden können.

Im Wahlkampf erhoffen sich die Parteien mehr Unterstützung von den Kommunen. Städte und Gemeinden sollen Rathäuser und Gemeindesäle für Versammlungen bereitstellen sowie Stände kostenlos genehmigen. Die Kommunen sollen zudem Beschränkungen abbauen, wenn es um das Aufhängen von Wahlplakaten geht.

Den Antrag von CDU und Koalition haben die Piraten ergänzt. Sie sprechen sich dafür aus, die Fünf-Prozent-Hürde abzuschaf-

fen beziehungsweise zu senken, Volksabstimmungen auf den gleichen Termin wie reguläre Wahlen zu legen oder ein Internetportal einzurichten, auf dem die Bürger bei Gesetzesvorhaben mitdiskutieren können.

Einig waren sich die Abgeordneten darin, dass Politik und Wahlen an den Schulen stärker thematisiert werden müssen. Außerdem sollen Schulen auch in Wahlkampfzeiten Politiker einladen. Umstritten war, ob Online-Wahlen mit Blick auf den Datenschutz sicher sind.

Selbstkritisch zeigten sich die Parlamentarier, als es um die Streitkultur im Landtag ging. Sie unterstrichen, dass die unterschiedlichen Positionen deutlich werden müssten, ohne respektlos miteinander umzugehen.

Der Innen- und Rechtsausschuss will sich in den nächsten Monaten ein gemeinsames Paket gegen die „Wahlmüdigkeit“ überlegen.

(Drucksachen 18/2532, /2557)

Kündigungsschutz für Kandidaten

Wer für ein Mandat im Landtag kandidiert, genießt ab sofort nicht nur für die Zeit des Wahlkampfes Kündigungsschutz, sondern auch ein halbes Jahr über den Wahltag hinaus. Dabei ist es egal, ob er gewählt wurde oder nicht. Das hat der Landtag im November beschlossen. Der Vorschlag stammte von den Piraten. Die Koalitionsfraktionen stimmten zu, die CDU lehnte ab, die FDP enthielt sich. (Drucksachen 18/1746, /2396)

Urteile gegen Homosexuelle aufheben

Der Landtag fordert, die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Männer in der Bundesrepublik aufzuarbeiten.

Bis 1994 stellte der Strafrechtsparagraf 175 sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe. Auf dieser Basis strengten die Justizbehörden rund 100.000 Ermittlungsverfahren gegen Homosexuelle an. 50.000 Männer wurden verurteilt, teils zu Gefängnisstrafen.

Die Verurteilung eines Homosexuellen sei ein „Verstoß gegen Menschenrechte“ gewesen, auch wenn sie den geltenden Gesetzen entsprach. Das betonte Simone Lange (SPD). Sie bedauerte, dass der Bundestag zwar schon vor Jahren die verurteilten Homosexuellen während der Zeit des

Nationalsozialismus rehabilitiert hat, die nach Kriegsende Verurteilten jedoch nicht. Das müsse jetzt nachgeholt werden, forderte Lange und bekam dafür viel Zustimmung. Die Landesregierung soll sich „weiterhin auf Bundesebene aktiv für eine Aufhebung der Urteile und eine zeitnahe Rehabilitation der betroffenen Menschen einsetzen“, heißt es in einem Antrag der Nord-Ampel, der auch bei der Opposition auf Zuspruch stieß.

Die CDU hatte in einem eigenen Antrag bedauert, dass Homosexuelle in ihrer Menschenwürde beeinträchtigt wurden. Am Ende beschloss der Landtag das Papier der Koalition mit den Stimmen von Rot, Grün, Blau, Liberalen und Piraten.

(Drucksachen 18/2329, /2560)

Landeshaus erhält Denkmalplakette

Als erstes Gebäude im Land trägt das Landeshaus die neue schleswig-holsteinische Denkmalplakette. Anlässlich der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes übergab Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) das Emaille-Schild Mitte Dezember an Landtagspräsident Klaus Schlie. Schlie freute sich, „dass wir die Ersten sein dürfen“. Das 126 Jahre alte Landeshaus steht seit 1995 unter Denkmalschutz.

Die Plakette soll denkmalgeschützte Gebäude oder Gärten kennzeichnen und wird vom Land an die Eigentümer verliehen, „als Anerkennung für das Verständnis für den Denkmalschutz und die im allgemeinen Interesse übernommenen Verpflichtungen bei der Bewahrung des kulturellen Erbes“.



Tatort Kiel: Krimi-Autor Hannes Nygaard

über das Landeshaus



Hannes Nygaard hat sein halbes Leben in Schleswig-Holstein verbracht, lebt auf Nordstrand, schreibt Krimis, die in Husum und Kiel angesiedelt sind und feierte in diesem Jahr seinen 65. Geburtstag. In mehreren seiner Kieler Romane, die sich um Verbrechen in Politik und Wirtschaft drehen, spielt das detailgetreu beschriebene Parlamentsviertel eine wichtige Rolle. Ort des Geschehens ist oft das Landeshaus - es zielt sogar den Umschlag des Buchs *Schwelbrand*. Die Landtagszeitschrift hat mit Hannes Nygaard gesprochen: Über Schleswig-Holstein, seine Einwohner, politische Affären und nicht zuletzt das Landeshaus.

Warum spielen das Parlamentsviertel und das Landeshaus immer wieder eine Rolle in Ihren Büchern?

Es hat mich gereizt, mich politisch brisanter Themen anzunehmen. Das fängt an bei Uwe Barschel, Heide Simonis, die Schubladenaffäre, dann der Anschlag in Mölln, der Anschlag auf die Lübecker Synagoge, die Bonner Kofferbomber sind in Kiel verhaftet worden... Das heißt: Hier tut sich eine ganze Menge. Diese Thematik wollte ich aufgreifen und in Krimis verarbeiten. Wobei natürlich der Krimi-Spaß immer im Vordergrund stehen soll.

Ist Schleswig-Holstein ein besonderer Tatort?

Ich glaube, das ist nicht auf Schleswig-Holstein reduziert. Auch woanders gab es große Affären, etwa um den Verfassungsschutz in Thüringen oder die Amigo-Affäre in Bayern.

Können Sie sich vorstellen, dass einer Ihrer Mörder mal im Landeshaus vorbeischaute?

Oh, das wäre spektakulär. Aber ich muss gestehen, dass ich ein bisschen Respekt davor habe. Das Landeshaus ist ja keine Imbissbude, sondern die Keimzelle oder der Mittelpunkt unserer Demokratie.

Glauben Sie, dass die Menschen im Norden ein bisschen anders ticken als anderswo? Sie versehen die Charaktere mit einigen Eigenheiten...

Wir haben ganz viele schöne Regionen in Deutschland und jede bietet ihre eigenen Reize. Aber die Menschen hier sind anders. Sie sind bodenständig und mit ihrer Heimat verbunden. Das ist in Norddeutschland anders ausgeprägt als in anderen Regionen. Die Kieler zum Beispiel sind sehr stolz.

Wie merkt man das?

Ich habe das mal gemerkt, als mir ein Missgeschick unterlaufen ist. Damals habe ich geschrieben, dass jemand „auf der Wik“ wohnt (Anm.: Korrekt heißt es „in der Wik“, die Red.). Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass ich daraufhin so viele Zuschriften bekommen habe und mich auch heute noch Leute darauf ansprechen.

Da sind Sie mit dem Lokalpatriotismus aneinandergeraten...

Mag sein. Aber was den Schleswig-Holsteiner ausmacht, ist seine Weltoffenheit und seine verschlossene Herzlichkeit. Das



„Wie einen Glaswürfel hatte man den von drei Seiten verglasten Plenarsaal, der auf einer Art Sockel thronte, an den Ziegelbau angefügt. Eine architektonische Meisterleistung, die alt und neu miteinander verknüpfte, dabei einen würdigen und dem Ort angemessenen Eindruck hinterließ, ohne wuchtig zu wirken. Wie vieles in Schleswig-Holstein war auch das Forum des Parlaments von einer unpathetischen Leichtigkeit geprägt.“

(aus: *Tod an der Förde*, Hannes Nygaard, erschienen im Emons-Verlag)

scheint ein Widerspruch zu sein, den sehe ich aber nicht. In mancher Hinsicht sind wir vielleicht anders, das macht die Randlage aus. Es ist auch vielleicht ein bisschen schwieriger, hier zu leben, weil alles so weit weg ist. Auf der anderen Seite guckt man sich den Glücksatlas an und sieht: Nirgendwo lebt man glücklicher als hier.

ABGEORDNETE

IM PORTRAIT:

Uli König, Piraten
geb. 1981
Atheist, ledig,
keine Kinder
Informatiker



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich...

... das Melderecht so ändern, dass Behörden und Meldeämter keine Daten mehr an Dritte weitergeben dürfen.

... das Hochschulgesetz so ändern, dass Hochschulen und Professoren aufgrund der Anzahl der erfolgreichen Absolventen im Verhältnis zu den Studienanfängern und der nachprüfbaren Fähigkeiten dieser Absolventen finanziert werden. Es darf sich nicht mehr lohnen, Studierende rauszu-prüfen. Im Gegenteil müssen positive Anreize für eine gute Ausbildung, bei der niemand unnötig auf der Strecke bleibt, gesetzt werden.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich...

... gerne in der Forschung und Entwicklung im Bereich Smart Homes arbeiten.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich...

...ihnen erklären, wie Politik ihren Alltag und ihre Zukunft beeinflusst und wie sie am besten Einfluss auf die Politik nehmen können, damit die Interessen ihrer Generation gewahrt werden.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich...

... nichts machen, da mir das ziemlich egal ist, weil immer weniger Leute das klassische Fernsehprogramm gucken. Jeder mit schnellem Internet kann sein Fernsehprogramm heute selbst bestimmen. Dafür stehen diverse Mediatheken und Videoportale im Internet zur Verfügung.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich...

... die 3-Muskel-Tour in Ratzeburg empfehlen. Dort kann man an einem Tag Drachenboot, Konferenzrad und Draisine fahren.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich...

... in die Vergangenheit reisen und den Politikern das unter die Nase reiben, was ihre Politik verursacht hat. Dabei würde ich mich weniger auf die großen Punkte wie Rentenpolitik, Staatsschulden oder Atomkraft (Schachtanlage Asse, Krümmel, Forsmark-1, Three Mile Island, Tschernobyl, Fukushima) konzentrieren. Aber vielleicht hätte man ja eine Chance bei den ‚kleinen Dingen‘, wie die Stadt Kiel davon zu überzeugen, dass die Abschaffung der Straßenbahn 1985 eine suboptimale Idee war. Oder vielleicht könnte man die Kollegen Austermann oder Kubicki mit einer KN-Ausgabe aus der Zukunft davon überzeugen, dass die Schließung der Uni Lübeck keine so gute Idee war. Und zu guter Letzt würde ich Frau Simonis besuchen und ihr raten, nach dem ersten misslungenen Wahlgang ihren Hut zu nehmen und in Würde das Feld zu räumen.

Kirsten Eickhoff-Weber,
SPD

geb. am 18. September
1960 in Dinslaken/NRW
wohnhaft in Neumünster
evangelisch, zwei Söhne
Dipl. Ing. Landespflege



Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich...

... das nicht tun wollen. Die Diskussion in den Arbeitskreisen, die Anhörung Beteiligter, das gemeinsame Ringen um die richtige Entscheidung, die Abstimmung im Parlament sind wichtig für den demokratischen Prozess. Das ist manchmal ein langer Weg, aber es ist der einzig richtige.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich...

... gerne Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags sein.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich...

... mit vielen Jugendlichen über ihre Ideen und Vorstellungen sprechen und sie bei der Umsetzung unterstützen. Wir müssen Raum für ernsthafte Beteiligungsmöglichkeiten schaffen und dafür sorgen, dass die Ergebnisse von Kinder- und Jugendparlamenten ebenso wie die Ergebnisse von

Beteiligungen in Planungsverfahren auch umgesetzt werden. So dass Kinder und Jugendliche auch sehen und erfahren, dass ihr Engagement Wirklichkeit wird.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich...

... mir einen guten Krimi und einen schönen alten Film aussuchen, allerdings halte ich einen ganzen Abend vor dem Fernseher nur schwer aus. Zur Entspannung aller Nerven würde ich den Sendeschluss nach dem Spätfilm wieder einführen!

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich...

... die grüne Stadt Neumünster in der Mitte des Landes empfehlen. Kunst und Kultur, Holstenhallen, munteres Treiben in der Innenstadt, Radtouren in die Umgebung, Shoppen im DOC: Da ist eine Menge möglich und wenn gewünscht, sind Nord- und Ostsee in der Nähe.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich...

... sie wohl nicht nutzen. Alles hat seine Zeit und das ist auch gut so!

IMPRESSUM

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, L145,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (verantwortlich)

Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Vivien Albers

Tel. 0431/988-1123, vivien.albers@landtag.ltsh.de

Detlef Ziep

Tel. 0431/988-1527, detlef.ziep@landtag.ltsh.de

Fotos:

R. Simon, T. Eisenkrätzer, M. August, D. Ziep, K. Blaas, V. Albers, C. Langner, P. Wilke, Landesarchiv, Stadtarchiv Kiel, Jugendarrestanstalt Moltsfelde, Emons Verlag, Paulwip/pixelio, Petra Bosse/pixelio

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN / I. Schumacher,
Gartenstr. 27, 24103 Kiel, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239
24119 Kronshagen, www.druckgesellschaftmbh.de

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, L149, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988 1163, Fax 0431/988 1119, bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. Dezember 2014

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de



Zum 25. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention waren im November Monster-Bilder der Kieler Künstlerin Inger-Kristina Wegener zu sehen. Jedes Bild repräsentiert einen Artikel der Konvention. Zwischenzeitlich waren die Monster auch im Plenarsaal zu Gast.

Im Oktober kamen rund 200 Gäste ins Landeshaus, um gemeinsam das muslimische Opferfest zu feiern, das höchste islamische Fest. Hikmet Yagci von der Islamischen Gemeinde Lübeck rezitierte Verse aus dem Koran.



BESUCHER IM LANDESHAUS



Bewohner des Seniorenheims „Haus Berlin“ aus Neumünster brachten Ende November ein Bild von einem Engel als „Glückswächter“ ins Landeshaus. Das Bild war im Malkurs „Kunst trifft 60 plus“ entstanden, den die Neumünsteraner Gerisch-Stiftung im „Haus Berlin“ anbietet.



Rund 300 Politik-Studenten der Uni Kiel hielten Ende November ein Seminar im Plenarsaal ab. Gemeinsam mit ihrem Dozenten Wilhelm Knelangen befragten sie Abgeordnete aller Fraktionen zur Arbeit im Landtag und zu aktuellen Themen.

Blickpunkt Italien: Ende November empfing Landtagspräsident Klaus Schlie (Mitte) den italienischen Gesandten Giovanni Pugliese (2. v. re.) und die Botschaftsrätin Debora Lepre (re.). Auch der Kieler Honorarkonsul für die Republik Italien, Karsten Meyer, und seine Frau nahmen an dem Gespräch teil.



Nr. 4/2014 C 2086

Falls Empfänger-Adresse nicht mehr zutreffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen und korrigiert **zurücksenden an:**

**Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
L149, Postfach 7121, 24171 Kiel**

TERMINE, TERMINE, TERMINE ...

Der Landtag lädt zum Offenen Besucherabend

Das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit lädt interessierte Bürger auch im Jahr 2015 wieder zum Offenen Besucherabend ins Landeshaus ein.

An zwölf Montagen stehen der Plenarsaal sowie weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes den Gästen offen. Dazu gehören auch vier Führungen auf Plattdeutsch, die der Schleswig-Holsteinische Heimatbund anbietet. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt jeweils um 18 Uhr im Eingangsbereich. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine: 26. Januar; 23. Februar; 2. März (op Platt), 30. März; 27. April; 1. Juni (op Platt); 29. Juni; 31. August, 7. September (op Platt); 28. September; 30. November; 7. Dezember (op Platt).

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Jahr 2015 wieder im Lande unterwegs, um interessierte Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 8. Januar: Lübeck

Dienstag, 20. Januar: Heide

Donnerstag, 5. Februar: Lübeck

Dienstag, 17. Februar: Heide

Donnerstag, 5. März: Lübeck

Dienstag, 17. März: Heide

Donnerstag, 2. April: Lübeck

Die Termine in **Lübeck** finden bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, von 10:00 bis 17:00 Uhr statt.

Die Termine in **Heide** finden bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Stiftstr. 21, von 11:00 bis 15:00 Uhr statt.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich.

Telefon: 0431/988-1231.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 Uhr bis 18:30 Uhr.



Auch 2015: „Förde-Runde“ und Live-Übertragung

Der Offene Kanal Kiel bleibt bei den Sitzungen des Landtages am Ball. Der Sender überträgt die Plenarsitzungen live auf Kiel TV und im Livestream unter www.okkiel.de. Zudem debattieren Abgeordnete in der „Förde-Runde“ über zentrale Themen der Tagung. Die einstündige Diskussion wird jeweils am Dienstag vor einer Landtagssitzung produziert und über die verschiedenen Offenen Kanäle landesweit ausgestrahlt:

- auf **Kiel TV** am selben Abend um 20:00 Uhr und am Mittwoch um 14:00 und um 20:00 Uhr (Kiel, Rendsburg, Eckernförde, Neumünster)
- im **Flensburg TV** am Freitag um 17:30 Uhr (Flensburg, Schleswig, Niebüll, Kappeln).
- auf **Kiel FM** (Hörfunk) am Mittwoch um 14:00 Uhr
- auf **Westküste FM** (Hörfunk) am Mittwoch um 20:00 Uhr (Heide, Husum, St. Peter-Ording),
- auf **Lübeck FM** (Hörfunk) am Mittwoch um 16:05 Uhr (Neustadt, Lübeck, Bad Oldesloe, Ratzeburg)

77 Ausschusssitzungen bis Juli

Die Ausschüsse des Landtages tagen in der Regel öffentlich. 77 Termine sind für das erste Halbjahr 2015 geplant:

Innen- und Rechtsausschuss:

7. Januar, 14. Januar, 28. Januar, 4. Februar, 11. Februar, 25. Februar, 4. März, 11. März, 25. März, 22. April, 29. April, 6. Mai, 13. Mai, 27. Mai, 3. Juni, 10. Juni, 1. Juli, 8. Juli
– jeweils mittwochs um 14:00 Uhr

Finanzausschuss:

8. Januar, 15. Januar, 29. Januar, 5. Februar, 12. Februar, 26. Februar, 5. März, 12. März, 26. März, 23. April, 30. April, 7. Mai, 28. Mai, 4. Juni, 11. Juni, 2. Juli, 9. Juli
– jeweils donnerstags um 10:00 Uhr

Bildungsausschuss:

15. Januar, 5. Februar, 5. März, 23. April, 28. Mai, 9. Juli
– jeweils donnerstags um 14:00 Uhr

Sozialausschuss:

29. Januar, 26. Februar, 26. März, 30. April, 11. Juni, 2. Juli
– jeweils donnerstags um 14:00 Uhr

Umwelt- und Agrarausschuss:

14. Januar, 28. Januar, 25. Februar, 25. März, 29. April, 27. Mai, 1. Juli
– jeweils mittwochs um 14:00 Uhr

Wirtschaftsausschuss:

4. Februar, 4. März, 25. März, 22. April, 27. Mai, 10. Juni, 1. Juli
– jeweils mittwochs um 10:00 Uhr

Europausschuss:

11. Februar, 11. März, 29. April, 3. Juni, 8. Juli – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr

Petitionsausschuss:

13. Januar, 10. Februar, 24. Februar, 10. März, 24. März, 28. April, 12. Mai, 26. Mai, 9. Juni, 30. Juni, 14. Juli
– jeweils dienstags um 10:00 Uhr
(Die Sitzungen des Petitionsausschusses sind in der Regel nicht öffentlich, da hier die persönlichen Anliegen von Bürgern beraten werden)